

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementpreis Mk. 1,20 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kaiser, Berlin.
Für die Expedition und den Anzeigenenteil: Eduard Steinbrenner, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin C. 2, Neue Friedrichstr. 2.

Inserate für die viergespaltene Preispalte ober deren Raum 80 Pfg.
Vergütungsangelegen und Arbeitervermittlungen 30 Pfg.
Veranstaltungsangelegen 15 Pfg.

Bedeutungsvolle Vorgänge im Holzgewerbe.

B. Ein Gasten und Treiben draußen, ein Rennen und Jagd nach dem goldenen Kalb; ob in Handel, Gewerbe oder Industrie, immer neue Kräfte tauchen auf, die vermeinen, wenn auch nicht die Welt, so doch in kurzer Zeit so viel erobern zu können, um für das spätere Leben finanziell sichergestellt zu sein. Nicht allein Glücksritter sind es, die dem blinden Zufall vertrauen, daß er ihnen zu Reichtum und Ansehen verhilft, sondern auch viel tüchtigere Köpfe, die sich im Wirrwarr der Industrie zu orientieren vermögen, die irgendwo eine Lücke sehen, die sie glauben durch eine Idee ausfüllen zu müssen, welche ihnen Gold bringen soll. Die technischen Errungenschaften werden in den Dienst der Spekulation gestellt, ein Wink und tausende Arbeitskräfte sind bereit, ihre Intelligenz und Fertigkeit in den Dienst des Unternehmers zu stellen, von dem sie erhoffen, daß es ihnen Brot für sich und die Ihren garantiert. Mehr zu erhoffen als ein auskömmliches Dasein, wagt der moderne Lohnarbeiter nicht mehr. Viele sind darunter, die früher auch einmal eine bessere Zukunft erträumt haben, aber im Flüge zur Sonne sich die Flügel verbrannt und im jähen Sturz in den Reihen des Proletariats landeten. Viele, die erst lange Zeit gebraucht, um in die rauhe Wirklichkeit zurückzufinden, die nun ihre Fron geduldig ertragen, verbittert ihren weiteren Lebensweg zurücklegen. Und alle Tage wieder dasselbe Schauspiel. Kleinbetriebe und auch größere, die bis dahin als gut fundiert angesehen wurden, brechen zusammen — werden niederkonkurriert —, der Inhaber wird hinabgeschleudert ins Proletariat. In den meisten Fällen verläßt er beschämt den bisherigen Ort seiner Wirksamkeit und taucht wo anders auf, wo man seine Vergangenheit nicht kennt; er reißt sich ein in die Reihen der Kämpfer, sobald er sich wieder gefunden hat. Viele stehen aus falscher Scham abseits und es bedarf vieler Mühe, um durch Aufklärung die Schranken der bürgerlichen Voreingenommenheit zu beseitigen und sie zu klassenbewußten Kämpfern zu erziehen. Ein Teil fürchtet sich aber, ein neues Leben zu beginnen; lakonisch berichten die Zeitungen: „Der Tischlermeister — beging Selbstmord. Grund: Nahrungsorgen —“.

Ein Muck geht durch die Menge, dann weiter, weiter denn — — — bese kurz, denn Zeit ist Geld!

Doch beim Anfluten jedes neuen Großbetriebes, auch in der Holzindustrie, nachdenkliche Mienen bei den Meistern und die bange Frage auf den bebenden Lippen: „Kommt die Reihe jetzt auch an dich, wirst du noch weiter konkurrenzfähig sein?“ Die Betriebsmittel werden bange Herzen mit denen des neuen Betriebes verglichen und die Sorge zeichnet auf die Stirn mit ehernem Griffel jene Mienen, die wir bei den Handwerksmeistern der heutigen Zeit in vielen Fällen finden. Ein nochmaliges Aufkassieren, ein Kampf auf Tod und Leben, bei dem er alles einsetzt, und trotzdem sicherer Untergang. — — — Wohl dem, der sich hiermit abfindet; er wird den Weg zur klassenbewußten Arbeiterschaft leichter finden — zu seinem eigenen und zum Wohl seiner Familie!

Die aufgeklärten Arbeiter sehen sich diese Dinge ohne Heberauschung abspielen, nicht ohne Mitgefühl für die zusammenbrechende Existenz und die Opfer des Konkurrenzkampfes; sie nehmen sich auch der Opfer an und versuchen, sie aufzurichten und ihnen den Glauben an eine bessere Zukunft zu lehren, welche die Vergesellschaftlichung der Produktionsmittel bringen muß, vergessen aber dabei den Tageskampf nicht, der ihnen bessere Arbeitsbedingungen in der Gegenwart verschaffen muß. Und dieser Kampf ist durch die in der Hitze gezeichneten Zusammenhänge äußerst kompliziert; im Zeitalter der Elektrizität, der komplizierten Maschinen und des gewaltig-fortschreitenden Verkehrsbedarf es schon des Spezialisten, um die erfolgreichsten Wege herauszufinden und die solidarischen Kräfte der Arbeiterschaft in konzentrischer Form so zu verwenden, daß dieselben nicht nutzlos vergeudet werden.

Das trifft insbesondere auch im Holzgewerbe zu. Die Lohnbewegungen der neueren Zeit spielen sich in Formen ab, die in vollem Umfang von vielen Kollegen draußen im Lande nicht verstanden werden, weil ihnen die Zeit mangelt, die ganzen Zusammenhänge eingehend zu studieren und allzu leicht ist man geneigt, den an der Leitung der Bewegung stehenden Personen die Schuld aufzubürden dafür, daß die Lohnbewegungen den heutigen Charakter angenommen haben, daß insbesondere nicht noch größere Vorteile für sie herausgekommen sind, die

nach ihrer Ansicht herauskommen würden, wenn — andere Wege eingeschlagen wären. Allerdings nach diesen Wegen befragt, sind sie sehr bald mit ihrem Latein am Ende und in der Regel bleiben nur einige Phrasen übrig, die mal irgendwo von jemandem gebraucht wurden, der vom gewerkschaftlichen Kampfe keine blasse Ahnung hatte. Das hält aber wenig einsichtige Kollegen nicht ab, mit auf die Gewerkschaftsführer zu — schnipfen.

In Wirklichkeit liegt es so, daß die Gewerkschaftsführer — ebensowenig wie andere Menschen — die Entwicklung aufhalten können. Ihre Aufgabe besteht darin, im Rahmen der Kräfte und Mittel, die ihnen zur Verfügung stehen, die gegebenen Verhältnisse auszunutzen, und wenn dieses geschehen soll, aufmerkamen Auges die Entwicklung zu studieren.

Und da bedarf es gegenwärtig auch im Holzgewerbe der gespanntesten Aufmerksamkeit, um von den Dingen nicht überrascht zu werden. Die Tarifentwicklung bildet in dieser Hinsicht allein ein ganzes Kapitel, mit dem wir uns aber heute nur nebenbei beschäftigen wollen, obwohl fast alle Vorgänge im Holzgewerbe unsere Tarifpolitik beeinflussen.

Besondere Aufmerksamkeit verdient der Kampf, der sich gegenwärtig zwischen den Möbelhändlern und -produzenten abspielt, bei dem unsere Kollegen nicht allein den bloßen Zuschauer bilden sollten. Die Möbelhändlervereine haben den Tischlermeistern und Möbelfabrikanten Neverse unterbreitet, durch welche diese sich verpflichten sollen, nicht mehr an Private zu liefern, widrigenfalls ihnen der Vorkauf angebroht wird. Die Tischlermeister in Berlin wollen diesem Verlangen nicht entsprechen, sondern den Kampf aufnehmen, und der Gesellenausschuß hat dem Vorstände der Tischlerinnung erklärt, daß die Holzarbeiter in diesem Kampfe auf Seiten der Tischlermeister stehen werden!

Nicht etwa aus Liebe zu den Tischlermeistern, mit denen sie schwere Kämpfe um geringe Verbesserungen ihrer Lebenslage führen mußten, machen unsere Kollegen in Berlin gegen die Händler Front, sondern in ihrem eigenen Interesse. Bis vor nicht allzu langen Jahren war Berlin der hauptsächlichste Lieferant für die deutschen Möbelhändler. Insbesondere die billigeren furnierte Stapelware wurde fast ausschließlich aus Berlin bezogen. Durch eine gute Organisation gelang es unseren Kollegen, die Arbeitszeit wesentlich zu verkürzen und die Löhne in die Höhe zu bringen; dazu kam eine ungeheure Steigerung der Mieten, auch für die Werkstätten, und eine Reihe weiterer Nebenumlände, welche die Produktion erheblich verteuerten. Durch die größere Ausnutzung der Arbeitskraft der Maschinen und die Einrichtung von Spezialbetrieben konnte ein völliger Ausgleich nicht herbeigeführt werden.

Um so weniger konnten die Berliner Betriebe die Konkurrenz in Stapelartikeln erfolgreich bestehen gegen die modern eingerichteten Möbelfabriken in Gegenden mit zurückgebliebenen Arbeitsbedingungen, die im letzten Jahrzehnt wie Pilze aus der Erde geschossen sind. Die Anlage großer Elektrizitätswerke und Ueberlandzentralen in vom Weltverkehr abgelegenen Gegenden, die Möglichkeit der Beschäftigung nichtgelernter Arbeitskräfte in größerem Umfange durch die Einführung von Spezialmaschinen förderten die Entwicklung in dieser Richtung in gewaltiger Weise. Nur an wenigen Orten sei dieses demonstriert: an Zeulenroda, Stolb, Göbft, Langenöls und zu guter Letzt an Burg, Detmold und Herford, wo die Fabrikation furnierter Schlafzimmern längst ihren Einzug gehalten hat, wo die Teilarbeit bis ins Kleinste durchgeführt, wo die modernsten Maschinen Verwendung finden und wo im Vergleich zu Berlin recht niedrige Löhne gezahlt werden. Heute liegt es so, daß eine ungeheure Zufuhr von Möbeln nach Berlin stattfindet, daß von der zum Verkauf gelangenden Stapelware wohl kaum noch die Hälfte in Berlin selbst angefertigt wird. Dabei steht fest, daß die von auswärts bezogenen Fabrikate nicht eben billiger verkauft werden wie die Berliner Arbeit, und fließt der höhere Betrag in die Taschen der Händler.

Diesen Zustand haben die Berliner Tischlermeister zum Teil selbst verschuldet. Der monatelange Kampf im Jahre 1907, welcher durch die Starrköpfigkeit derselben heraufbeschworen wurde, hat nicht allein die Berliner Händler gezwungen, ihren Bedarf auswärts zu decken, sondern hat auch viele auswärtigen Kunden von Berlin fortgetrieben, und der Ausfall konnte nur zum Teil durch die Ausstellung in Berlin im Jahre 1909 wieder herein gebracht werden durch Neugewinnung von Kunden. Trotz

der erbitterten Auseinandersetzungen mit den Arbeitgebern stehen, wie gesagt, unsere Kollegen in Berlin auf Seite derselben, weil es sich auch um ihre eigene Existenz handelt. Aber auch die übrigen deutschen Kollegen haben an dem Ausgang des Kampfes ein großes Interesse.

Zu unserer Tarifbewegung.

Bei den jetzigen örtlichen Verhandlungen stützt unsere Forderung auf Verkürzung der Arbeitszeit in den meisten Städten besonderen Widerstand, weil die Arbeitgeber die Behauptung aufstellen, es sei vor drei Jahren bei den damaligen Verhandlungen die Vereinbarung getroffen, daß für die jetzige neue Vertragsperiode keine Arbeitszeitverkürzung gefordert werden dürfe, weil die Städte als „gestaffelt“ gelten sollen. Dieser Einspruch der Arbeitgeber ist anscheinend darauf zurückzuführen, daß auf der Konferenz des Arbeitgeber-Schutzverbandes am 25. Januar vom Vorstand des Arbeitgeber-Schutzverbandes eine solche Meinung vertreten worden ist. Diese Frage hat auch in den jüngsten Verhandlungen der Zentralvorstände bzw. der zentralen Verhandlungskommission schon eine Rolle gespielt, und da schon ist die Unrichtigkeit der Auffassung der Arbeitgeber festgestellt worden. Nachdem aber, trotz dieser Aussprache mit dem Vorstand des Arbeitgeber-Schutzverbandes, die Arbeitgebervertreter in den einzelnen Städten mit großer Beharrlichkeit an ihrer Behauptung festhalten, müssen wir nochmals an dieser Stelle auf die Sache eingehen.

Bekanntlich sind über die in Leipzig gepflogenen Verhandlungen des Jahres 1908 offizielle Protokolle vorhanden, die damals von dem seitens der Leipziger Stadtbehörde hierfür zur Verfügung gestellten Herrn Ratssassessor Dr. Merkel aufgenommen wurden. Aus diesen Protokollen wollen wir die in Frage kommenden Sätze hiermit wiedergeben:

Protokoll vom 24. März 1908.

Die Bestimmungen über die Arbeitszeit in den einzelnen Städten sollen in jedem einzelnen Schiedsspruch mit aufgenommen werden, damit die zu beschließenden Verträge leichter durchgeführt werden können.

Hiermit ist deutlich ausgesprochen, daß in Bezug auf die Arbeitszeit für die einzelne Stadt nur das gilt, was in dem Schiedsspruch darüber ausdrücklich gesagt ist.

Protokoll vom 26. März 1908.

Herr Becker-Sultgart gibt bei den Verhandlungen über Kasseler Verhältnisse im Namen des Holzarbeiter-Verbandes die bindende Erklärung ab: Falls in der Staffellung der deutschen Städte hinsichtlich der Arbeitszeit eine Einigung erfolgt, so sollen die dann festgesetzten Arbeitszeiten für die nächste Vertragsperiode Geltung haben dergestalt, daß bei einer künftigen Neuberatung der fest abzuschließenden Verträge der Punkt Arbeitszeit aussteht.

Diese Erklärung war von unserem Vorstand schon früher wiederholt dem Vorstand des Arbeitgeber-Schutzverbandes gegenüber abgegeben worden. Sie bedeutete nur eine Erläuterung dafür, was unter der Staffellung der Städte zu verstehen sei.

In dem Protokoll vom gleichen Tage über die Chemnitzer Verhandlungen heißt es:

Der Klassifizierung der Städte soll bezüglich der Arbeitszeit mit vorstehender Festlegung nicht vorgegriffen werden, jedoch soll während der Dauer des Vertrages, also bis 11. Februar 1911, eine weitere Verkürzung der 65stündigen wöchentlichen Arbeitszeit nicht stattfinden.

Protokoll vom 4. April 1908.

Herr Bergmann erklärt namens der Vertreter der Arbeitgeber: „In den Sonderverhandlungen sind die Vertreter mancher Städte von der Voraussetzung ausgegangen, daß die Erklärung des Herrn Becker vom 26. März 1908 (siehe Protokoll vom selben Tage) dahin aufzufassen sei: schon die jetzigen Festlegungen der Arbeitszeit geschehen in der Voraussetzung, daß sie auf sechs Jahre erfolgen. Die Arbeitgebervertreter widersprechen dem und erklären, daß ihre Auffassung dahin geht, daß eine Festlegung der Arbeitszeit auf sechs Jahre erst dann erfolgen könne, wenn die Staffellung der deutschen Städte hinsichtlich der Arbeitszeit bereits durchgeführt sei.“

Hiermit ist die jetzige Behauptung der Arbeitgeber gewiß deutlich genug widerlegt. Zunächst geht aus der Erklärung des Herrn Bergmann hervor, daß nur die Vertreter mancher Städte von der bezeichneten Voraussetzung ausgegangen seien, also keineswegs die Vertreter aller Städte. Außerdem aber zeigt der sofortige Widerspruch der Arbeitgebervertreter, daß diese Voraussetzung falsch war. Es ist also schon am 4. April 1908 in Leipzig selbst festgestellt worden, daß die damals verhandelten Städte nicht gestaffelt seien.

Entsprechend diesem Sachverhalt heißt es dann auch in dem

Schiedspruch vom 6. April 1908, daß demselben zugrunde gelegen hat u. a.: „daß der Vorstand des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes an seiner dem Vorstände des Arbeitgeber-Schutzverbandes für das Deutsche Holzgewerbe bereits erklärten Bereitwilligkeit festhält, in gemeinsamer Beratung eine Klasseneinteilung der deutschen Städte bezüglich der Dauer der Arbeitszeit vorzunehmen, in welche als erste Klasse Berlin mit einer 6 1/2 stündigen Arbeitszeit aufgenommen wird. Diese gemeinsame Beratung ist späterer Zeit vorbehalten“.

Um die wirkliche Sachlage noch klarer zu machen, greifen wir noch auf die Vorgänge zurück, welche den Leipziger Verhandlungen vorausgegangen waren. Im Oktober 1907 waren auf der Konferenz der Zentralvorstände in Kassel die Regeln für die Klasseneinteilung der deutschen Städte hinsichtlich der Arbeitszeit aufgestellt worden. Im Dezember 1907 hatten darauf die Zentralvorstände vereinbart, für die Klassifikation der Städte hinsichtlich der Dauer der Arbeitszeit eine besondere Kommission einzusetzen, welche aus je einem Arbeitgeber- und Arbeitervertreter der Städte Leipzig, Dresden, Gbrlich, Kiel, Düsseldorf und Mainz gebildet werden und unter Leitung eines unparteilichen Vorsitzenden bereits im Januar in Leipzig zusammenzutreten sollte.

Die damaligen Verträge waren sämtlich seitens des Arbeitgeber-Schutzverbandes zum 1. April 1908 gekündigt worden. Für den Zusammentritt der Klassifizierungskommission in Leipzig, als deren unparteilicher Vorsitzender der ehemalige Handelsminister Freiherr v. Werlepsch gewonnen wurde, war der 27. Januar vereinbart worden. Als dieser Termin heranrückte, versuchte der Arbeitgeber-Schutzverband durch eine Ueberrumpelung, die Arbeiter in Nachteil zu versetzen. Im letzten Augenblick forderte er nämlich, daß, bevor die Kommission über die Arbeitszeit entscheiden könne, in allen Städten durch die örtlichen Verhandlungen über die Lohnfrage und die sonstigen Vertragsbedingungen bereits völlige Klarheit geschaffen sein müsse. In einem Schreiben vom 18. Januar stellte er an unseren Vorstand das Verlangen, daß er „mit allem Nachdruck von seinen Zahlstellen verlangen sollte, sich mit den Arbeitgebervertretern über alle materiellen Dinge eines neuen Vertrages mit Ausschluß der Arbeitszeit sowie des Ablaufs noch vor der Leipziger Tagung zu verständigen“. Selbstverständlich lehnte unser Vorstand es ab, sich zu einer solchen Ueberstürzung zwingen zu lassen, und es blieb ihm nach Lage der Dinge gar nichts anderes übrig, als das Zustandekommen der Leipziger Tagung am 27. Januar scheitern zu lassen. Von Arbeitgeberseite wurde darauf vorgebracht, nunmehr zunächst die örtlichen Verhandlungen in den beteiligten Städten zu Ende zu führen und die Kommission im März in Leipzig zusammenzutreten zu lassen, um ihr alsdann sämtliche Streitpunkte, über welche eine Einigung nicht gelingen sollte, zur schiedsgerichtlichen Entscheidung zu überweisen. Nach diesem Vorschlag ist alsdann verfahren worden.

Die ursprüngliche Absicht, im Jahre 1908 in Leipzig mit der Staffellung der Städte zu beginnen, hat also der Arbeitgeber-Schutzverband selber vereitelt; sie wurde späterer Zeit vorbehalten, und es liegt nicht im Verschulden unseres Verbandes, wenn das im Oktober 1907 in Kassel aufgestellte Programm bis heute noch unausgeführt geblieben ist.

Meister muß sich immer plagen!

—r. In einem kürzlich erschienenen Buche eines schwarzen Gendarmen „Die Gleichheit aller Menschen vor Gott und ihre Beziehungen zur Sozialdemokratie“ bekämpft der geistliche Verfasser den Gleichheitsgott, der die Menschen heutzutage plagt. Aus dem Sage, daß alle Menschen vor Gott gleich sind, folgern die Arbeiter, daß sie auch auf Erden den Unternehmern gleich sein müßten und daß es durchaus gerechtfertigt sei, auch eine Gleichheit des materiellen Besitzes anzustreben. Das ist natürlich durchaus falsch, meint der sogenannte Christusjünger, denn auf Erden müsse eine Ungleichheit bestehen — sogar an den Kirchenstühlen im Gotteshause merkt man diese Ungleichheit — weil die Leistungen der Menschen ganz verschieden seien. Das ist der alte, aufgewärmte Kohl und wir würden ihn gar nicht aufgerührt haben, wenn sich der Verfasser nicht berufen gefühlt hätte, die gegenbringende Tätigkeit des Unternehmertums gegenüber der Leistung der „gewöhnlichen“ Arbeiter in das hellste Licht zu setzen. Er behauptet, daß die sozialdemokratischen Gleichheitsapostel keine Ahnung hätten von einer sittlichen Weltordnung, weshalb man sich nicht wundern dürfe, daß ihr Blut zu lachen beginne, wenn man ihnen von den wohlgenährten Bourgeois erzähle, die sich vom Arbeiterschweiß mäpfeien. Aber, so fährt er würdevoll fort, „die Arbeiter haben gar keine Ahnung davon, wieviel Sorge und Mühe der Unternehmer hat, wie er mit seinem Gehirn schwitzt, um seinen Betrieb im Gange zu halten.“

Dieser Hymnus auf den unermüdblich tätigen Unternehmer, dessen Hirn sogar dicke Schweifstropfen vergießt, ist charakteristisch für die Gegenwart; er ist das Gegenstück zu der Legende von dem faulen Arbeiter, der nichts versteht und nach dem System des ca canny (laß die nur Zeit!) so gemächlich wie möglich arbeitet. Während früher bei der überlangen Arbeitszeit und der übermäßigen Schusterrei in den Betrieben die Arbeiter den Schweif

eimerweise verzapften, führen sie jetzt, nach der Meinung des erwähnten Gottesmannes, ein Leben wie im Paradiese. Aber umso emsiger sind die Unternehmer dabei, wie die Bienen sich zu regen und den süßen Honig zu schaffen. Diese Behauptung kann man jeden Tag hören an den Stammtischen, wo die Kleinhandwerker ihren Frühschoppen trinken und über die schlechten Zeiten klagen. Ja, die Gesellen haben es gut, so lautet der Refrain, die gehen auf den Glodenschlag nach Hause und am Sonnabend stecken sie ihr schönes Geld in die Tasche. Und dann gliert ein poetisch angehauchter Krauter das Schillerwort: „Winket der Sterne Licht, ledig aller Pflicht hört der Durch die Vesper schlagen — Meister muß sich immer plagen!“ Aber nicht nur die Kleinhandwerker arbeiten wie die Bienen, sondern auch die Großindustriellen gönnen sich keine Ruhe und Rast. Das haben wir unter anderem bei Krupp gesehen, der nach der sachkundigen Bemerkung des deutschen Kaisers unermüdblich tätig war, um für seine Arbeiter zu sorgen. Kurz und gut, die Welt hat sich gänzlich verändert: die Unternehmer leben nicht mehr vom Schweiß der Arbeiter, sondern umgekehrt, die Arbeiter leben vom Schweiß der Unternehmer. Da ist es denn kein Wunder, wenn die Arbeitgeberzeitungen ihren Lesern erzählen, daß die Arbeiter es heutzutage viel, viel besser haben, als die Unternehmer und daß die organisierten Arbeiter die Ausbeuter ihrer Arbeitgeber geworden sind.

Wenn man den bürgerlichen Zeitungsschreibern Glauben schenken darf, so sind nicht nur die Herren Kapitalisten von einer förmlichen Arbeitswut befallen, sondern auch in allen anderen Kreisen — außer in den Arbeiterkreisen — herrscht ein Arbeitseifer, der geradezu wunderbar ist. Man betrachte nur einen modernen Fürsten, der sich Tag und Nacht müht, um sein Volk glücklich zu machen; unermüdblich arbeitet er für das Wohl seiner Landesmutter, und auch seine erlauchte Gemahlin, die Landesmutter, streut Segen aus über das Land und bis in die ärmlichste, entlegenste Hütte bringt der Ruf ihrer Arbeit und Fürsorge. Die heranwachsenden Prinzen und Prinzessinnen bereiten sich in ernster, angestrengter Arbeit auf ihren künftigen Beruf vor, damit sie ebenfalls, wie ihre erhabenen Eltern, als Musterbilder treuester Pflichterfüllung dem Volke voranleuchten. Nicht minder sind auch die Großen des Landes, die Junker und Ritter, unermüdblich tätig im Dienste des Volkes und die paar lumpigen Millionen, die sie als Liebesgaben bekommen, sind nur eine elende Bezahlung für ihre segensvolle Arbeit. Die hohen Würdenträger des Staates tragen schwer an der Würde ihres Amtes, die Herren Beamten brechen unter dem Druck ihrer Arbeit fast zusammen und die ehrwürdigen Pastoren verzehren sich geradezu im Dienste ihrer frommen Schäflein. So herrscht heutzutage eine Vertriebsamkeit und Geschäftigkeit überall — nur nicht bei den Arbeitern! — von denen man in früheren Zeiten gar keine Ahnung gehabt. Damals waren die Herren ehrlich genug, sich ihres arbeitslosen Daseins zu rühmen und offen zu erklären, daß die Arbeit eine Schande sei und deshalb den Böbel überlassen bleiben müsse. Damals galt das Drehschnecken als vornehm und ehrenvoll, heute verwahrt sich jedermann dagegen, wenn man ihn einen Schmarroher nennt, der vom Ertrage fremder Arbeit lebt. So haben sich die Moralbegriffe und besonders die Anschauungen über Arbeitsehre, in der Theorie, vollständig geändert, und mit krampfhaftem Eifer sucht man die Mission zu verbreiten, daß die heutige Gesellschaft auf dem Ertrage der eigenen Arbeit beruhe.

Zumal in den Reihen der Unternehmer wird diese Mission sorgsam gepflegt und in immer neuen Variationen der Mitwelt als unumstößliche Wahrheit verkündet. Welcher Unternehmer möchte denn auch wohl zugeben, daß er von der Ausnutzung fremder Arbeitskräfte seinen Lebensunterhalt beziehe und daß seine Arbeiter es seien, die ihm die Reichtümer aufhäufen? Die Bezeichnung „Ausbeuter“ weist er mit stilllicher Entrüstung als Unwahrheit und Beleidigung zurück, und im Verston der Ueberzeugung pocht er auf seine eigene nützbringende Tätigkeit. Manchmal hat diese Veteuerung einen komischen Beigeschmack. Kürzlich stand ein Unternehmer vor Gericht, weil er gegen die Vorschriften der Gewerbeordnung verstoßen hatte. Der Mann tat ganz empört und meinte, die Behörden schienen gar nicht zu wissen, daß ein Geschäftsmann auch noch etwas anderes zu tun habe als zum Verachte zu laufen. Er kenne die Bestimmungen der Gewerbeordnung nicht, denn er habe keine Zeit, sich hinzusetzen und die Gesetze zu studieren; er müsse arbeiten, damit er seinen Leuten am Sonnabend ihren Lohn geben könne. Dieser komische Kauz, der nicht einen Augenblick Zeit hat, um in die Gewerbeordnung zu blicken, wurde in der „Arbeitgeberzeitung“ als Held gefeiert, der den Behörden einmal gründlich die Wahrheit gesagt habe.

Um Mißverständnissen vorzubeugen, erklären wir ausdrücklich, daß wir die Tätigkeit eines Unternehmers in seinem Betriebe, sofern sie wirklich nützbringend ist, anerkennen, und daß wir ihm natürlich auch eine entsprechende Entlohnung zubilligen; wogegen wir uns aber wenden, daß ist das Bestreben, die Arbeitsleistung des Unternehmers auf Kosten der Arbeiter und Angestellten in den Himmel zu heben. Man kennt den Streit zwischen dem, der eine Erfindung macht, und dem, der sie ausbeutet, und man weiß auch, daß der Kapitalist den Löwenanteil für sich in Anspruch nimmt und den Erfinder mit einem Ei und einem Butterbrot abspießt. Dieses Mißverhältnis, das jeder ehrliche Mensch als eine

große Ungerechtigkeit empfindet, wird in der Arbeitgeberpresse als ganz berechtigt hingestellt. Der zündende Funke im Kopfe des Erfinders, so heißt es dort, würde wie ein Strohhalm verglimmen, wenn nicht die sorgsame, angespannte Arbeit des Unternehmers hinzuläme, die die Idee erst zu einer nützbringenden Sache macht. Und so ist der Unternehmer der eigentliche Mäcker, dem darum auch der Löwenanteil an dem Gewinne gebührt.

Wie hier, so ist es auf allen Gebieten, wo sich die Interessen der Arbeiter und der Unternehmer gegenüberstehen. Es ist Mode geworden, den Ausbeutungscharakter des kapitalistischen Unternehmertums zu verschleiern und den Unternehmergewinn als das Erzeugnis eigener Arbeit hinzustellen. Aber es müssen schon sehr dumme Menschen sein, die auf diesen Schwindel hereinfallen.

Der Lauterberger Stuhlfabrikanten Heil und Rettung.

u. In dem kleinen Ort Lauterberg führen die Stuhlfabrikanten seit Jahr und Tag einen unausgesetzten Kampf gegen unsere Organisation. Wiederholt haben wir Gelegenheit genommen, einige der Blüten, die dieser Kampf zeitigte, zu veröffentlichen. Auch jetzt sind wir wieder einmal in der Lage, von einem neuen Kampfmittel der Lauterberger Unternehmer berichten zu können.

Die Geschichte unserer Lauterberger Zahlstelle ist reich an schweren Kämpfen, hervorgerufen durch die niedere Entlohnung und das Verwahrlosen der Fabrikanten, daß diese zügeligen Harzer Spezialarbeiter sich nur schwer von ihren Bergen trennen, um in der Fremde eine bessere Existenz zu suchen. Schon im Jahre 1896 hatte unser damals noch junger und wenig gefragter Holzarbeiterverband hier eine lange Aussperrung zu überwinden, die seine Mittel beinahe erschöpfte. Heute vermag ein Kampf dieses Umfanges den Verband nicht mehr aus dem Gleichgewicht zu bringen.

Nachdem es dann im Jahre 1907 von neuem zu einem monatelangen Kampfe in der Lauterberger Stuhlindustrie gekommen war, schlossen sich im Sommer 1908 sämtliche dortigen Stuhlfabriken zu einer Aktiengesellschaft zusammen, die den Namen „Germania“ annahm. Aus den damals veröffentlichten Handelsregistrauszügen ging mit voller Deutlichkeit hervor, daß sich einige der Fabrikanten in Vorjahren bei der Aussperrung doch arg in die Messen gesetzt hatten und nun wohl oder übel den von den kapitalkräftigen Firmen gewünschten Zusammenschluß mitmachen mußten.

Wald nach der Gründung der Aktiengesellschaft Germania setzte auch in der Lauterberger Möbelindustrie die Krise ein, die noch dadurch verschärft wurde, daß durch die vorhergehende monatelange Aussperrung ein gut Teil des bisherigen Absatzgebietes verloren gegangen war. Bei dem Charakter der Lauterberger Fabrikanten ist es durchaus nicht verwunderlich, daß sie diese Krisenzeit mit aller Macht auszunutzen versuchten, um sich von dem lästigen Holzarbeiterverband zu befreien. Eine größere Anzahl tätiger Verbändler wurde wegen Arbeitsmangel entlassen und zum Teil monatelang der Arbeitslosigkeit mit all ihren Sorgen überliefert. Der Erfolg war, daß mancher der Arbeitslosen mit seiner Familie die alte Heimat verließ, um sich draußen eine neue und bessere Existenz zu schaffen. Hierdurch verlor die Organisation am Orte allerdings eine Reihe tüchtiger Kräfte, immerhin wurde aber auf diese Art für die Zurückbleibenden etwas Luft geschaffen. Leider gab es aber auch eine Anzahl Kollegen, die noch nicht genügend Mißtraut bei sich der „Germania“ um jeden Preis anboten. Natürlich mußten die Herren dieses Ueberangebot von Arbeitskräften weidlich aus und drückten die Löhne der Stuhlarbeiter um ein Erhebliches. Nebenher mußte noch der von den Fabrikanten protegierte Reichsverbandessekretär Kell, ein früherer Schlossergeselle, tüchtig gegen den Holzarbeiterverband hetzen und mit Hilfe von angebelligten Elementen die Namen der Verbändler feststellen, damit diese der „besonderen Aufmerksamkeit“ der Werkmeister und Betriebschefs empfohlen werden konnten.

Als ein weiteres Mittel, womit man dem verhassten Verband zu schaden glaubte, führte dann die „Germania“ noch eine Streikunterstützung für ihre Arbeiter ein, die diesen bezw. deren Angehörigen gewährt werden sollte, ohne daß von ihnen irgendwelche Beiträge hierfür gefordert wurden.

Waren die einzelnen Mittel zum Teil auch recht kleinlich, so bewirkten sie doch, daß viele Stuhlarbeiter der Organisation unzugänglich blieben, einzelne Mitglieder sogar den gelben Eisenengängen folgten und ihre Mitgliedschaft vernachlässigten. Dazu kam der Druck der Wirtschaftskrise, infolgedessen der Verband seine Stellung hier nur unter erheblichen Opfern halten konnte. Dafür zeigte er sich aber dem ihm treu Gebliebenen mit seinen wertvollen Unterstützungsmaßnahmen als treuer Freund.

Aber diese scheinbar für die Fabrikanten so günstige Situation ist gleichzeitig ihr Verhängnis geworden. Die große Nachgiebigkeit und Interessenlosigkeit der meisten Lauterberger Stuhlarbeiter reizte die Fabrikleitung zu immer größeren Lohnabzügen an. Die infolge ihres ungescheuer großen Verwaltungsaufwandes und mancherlei sonstiger Umstände ohne Gewinn arbeitende Gesellschaft hoffte aus den Lohnabzügen, die übrigens auch bei dem launischen Personal vorgenommen wurden, eine Besserung der Bilanz erzielen zu können. Schließlich wurde diese Maßregel aber auch von den so nachsichtigen und geduldbigen Lauterberger Stuhlarbeitern als ein Unrecht empfunden.

Das machte sich in letzter Zeit um so mehr bemerkbar, als die Betriebsleitung seit Neujahr erst in dem einen, dann in dem anderen Betriebe die Affordische der Stuhlbauer und Polierer um 10 bis 20 Proz. herabzusetzen versuchte. Außerdem sollte bei den Maschinenarbeitern die Affordarbeit eingeführt werden. Solche Verschlechterungen der Arbeitsverhältnisse wollten natürlich die Kollegen abwehren. Die Erkenntnis, daß in diesem Falle nur eine feste, geschlossene Organisation helfen könne, brach sich mehr und mehr Bahn, und die Stuhlarbeiter schlossen sich wieder in

Warnung vor Zuzug!

(Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verbandsmitglieder Anlass geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Sie müssen hinreichend begründet und von der Zahlstellenverwaltung durch Unterschrift und Stempel beglaubigt sein.)

- Zuzug ist fernzuhalten von:
 - Zischern, Maschinisten und Hilfsarbeitern nach Delmenhorst (Wagenfabrik Tönjes), Emden, Freienwalde (Möbelfabrik G. Schmidt), Wevelsberg (Möbelfabrik Markana), Sameln (Nordd. Automobilfabrik), Hennigsdorf in der Mark, Liegnitz, Mühlhausen in Thüringen (Weidelt u. Seifert), Neu-Fienburg (Wittich), Kastatt, Segeberg, Stolp in Pommern, Winnenden (Steinmaier u. Eder), Zeitz (Kinderwagenfabrik), Pittau, Ling an der Donau (Möbelfabrik Müller).
 - Flavierarbeiter nach Liegnitz, Schmölln (S.-A.).
 - Mobellischlern nach Zeitz (Wiederkehr u. Schuller).
 - Nordmachern nach Zeitz.
 - Drehlern nach Stolp in Pommern.
 - Knopfmachern nach Frankenhäusen.
 - Stelmachern und Wagenbauern nach Delmenhorst, Kastatt.
 - Stodarbellern nach Bürgel i. Th.
 - Bergoldern und Hilfsarbeitern nach Budapest in Ungarn.

größerer Massen dem Verbanne an. Diese für die „Germania“-Zeitung so unangenehme Tatsache ist nun die Ursache gewesen, daß man dort wiederum eifrig nach Mitteln sucht, mit denen man den Zustrom der Stuhlarbeiter zur Organisation verhindern könnte. Ein besonders Schauer hat nun ein solches ganz neues und probates Mittel gefunden.

Belanntmachung

Wir haben unter dem 19. Dezember 1908 unsere Arbeiterschaft davon in Kenntnis gesetzt, daß wir seitens unserer Gesellschaft gewisse Unterstützungen bei Sterbefällen zahlen werden. Wir wollten damit allen denen unserer Arbeiter einen Ersatz für diejenige Unterstützung in Sterbefällen zuteil werden lassen, welche Mitgliedern des Deutschen Holzarbeiterverbandes (gegen ihre Beitragspflicht) sonst zusteht, und es geschah dieses, weil es uns nicht unbekannt war, daß nur ein kleiner Teil unserer Arbeiterschaft diesem Verbanne angehört.

Die Verhältnisse haben sich aber inzwischen derart geändert und es hat wohl ein größerer Teil unserer Arbeiterschaft die Mitgliedschaft zum Deutschen Holzarbeiterverband erworben. Deshalb machen wir hiermit bekannt, daß wir vom 1. April 1911 ab die bisher allen unseren Arbeitern gewährte Unterstützung in Sterbefällen nur denen zahlen werden, welche nicht Mitglied des Deutschen Holzarbeiterverbandes sind.

Eine Unterstützung an Mitglieder des Deutschen Holzarbeiterverbandes erfolgt von diesem Tage ab nicht mehr, da diese ja durch die Einrichtung ihres Verbandes Unterstützung finden.
Vab Lauterberg i. Harz, den 8. Februar 1911.
Vereinigte Möbelfabriken „Germania“, A.-G.
Der Vorstand.

Die Fabrikleitung läßt damit offen erkennen, daß ihre Sterbeunterstützung nicht der „Wohlfahrt der Arbeiter“, sondern ihrem Kampf gegen die ihr unbecommene Organisation gilt. Unterstützungen wollen wir die Anerkennung, daß die Mitglieder unseres Verbandes, durch „dessen“ Einrichtungen Unterstützung finden“. Diese ist obenstehend viel weitgehender für die Lebenden als die Fabrikfürsorge für die doch immerhin selteneren Todesfälle.

Und vor allem: der Verband sorgt für die Sehung der Lebenshaltung — die Fabrikleitung hält sie nieder. Deshalb schon können uns solche „Wohlfahrts-einrichtungen“ den Wind nicht dauernd aus den Segeln nehmen.

Wir möchten nicht unterlassen, die von der „Germania“-Zeitung in vorstehender Bekanntmachung ausdrücklich konstatierte größere Ausbreitung unseres Verbandes in Lauterberg als ein Zeichen beginnender Besserung zu begrüßen. Zeit wird es wahrlich, daß auch in diesem Winkel die Arbeiter zur Einsicht kommen. Im übrigen spricht aus dem Schriftstück der Verger über die verheerenden Abschreckungsmaßnahmen gegen uns. Wenn aber die Herren von der „Germania“ glauben, durch diesen neuesten Trick im Kampfe gegen die organisierte Arbeiterschaft mehr Erfolg zu haben wie bisher, so dürften sie darin doch sehr irren. Alle solche Mittel können nur unter bestimmten unangünstigen Verhältnissen, und dann auch nur kürzere Zeit, unseren Fortschritt aufhalten. Genau so, wie die Lauterberger Unternehmer es erlebt haben, daß die Herrlichkeit des „Reichsverbandes“-Sekretariats ein so unruhnländes Ende genommen hat, werden sie es noch erleben, daß unsere Organisation auch in Lauterberg dauernd maßgebenden Einfluß behält. Die unerhörte Lohndrückerei, die in Lauterberg seit Jahren geübt ist, rächt sich nunmehr. Nachdem jetzt ein größerer Teil der bisher so nachgiebigen und indifferenten Stuhlarbeiter eingesehen hat, daß es ohne eine starke, ge-

schlossene Organisation im wirtschaftlichen Leben für den Arbeiter keine Besserung mehr gibt, werden sie sich auch ihrer Pflicht bewußt sein, nun mit allen Mitteln für die weitere Ausbreitung des Verbandes sorgen zu müssen. Wenn irgendwo, dann haben doch die Stuhlarbeiter in Lauterberg in den letzten Jahren erfahren, wohin es führt, wenn die Arbeiterschaft uneinig ist. Sie werden deshalb jetzt auch das alte Sprichwort: „Einigkeit macht stark“, um so besser zu würdigen wissen und nun in emsiger Arbeit für die Organisation tätig sein. Daß in Lauterberg der Mann wieder gebrochen ist, danken wir also in erster Linie der Leitung der „Germania“, die in blindwütiger Haffe gegen unsere Organisation und in übertriebener Profitsucht mit ihren Lohnabzügen und sonstigen Schikanen weit über das Ziel hinausgeschossen ist. An den Lauterberger Stuhlarbeitern wird es nun liegen, die Situation auszunutzen. Stehe niemand in der Arbeit für den Verband zurück. Wenn jeder seine Pflicht in der Agitation erfüllt, dann wird auch in dem idyllischen Harzdale bald eine Zeit anbrechen, wo der Stuhlarbeiter sagen kann, daß er mit seiner Familie eine menschenwürdige Existenz führt, was heute bekanntlich durchaus nicht der Fall ist. Die Stuhlarbeiter des Südharzes haben das gleiche Recht auf ein menschenwürdiges Dasein wie die Arbeiter anderer Orte und Berufe. In ihnen liegt es, das gleiche Mittel anzuwenden, das jenen den Aufstieg brachte:

Einigkeit.

Soziales.

Schmiergelberunwesen.

Ganz eigenartige Auffassungen von Gottesfurcht und guter Sitte müssen nach dem Urteile eines, der es wissen muß, in manchen Zentrumskreisen herrschen. Gatten da kürzlich in einer gut „christlichen“ Baugenossenschaft in München sich die Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder von den Lieferanten nach allen Regeln der Kunst abschmieren lassen. Von einigen Mitgliedern in ihrer berechtigten Sorge um das Gedeihen der Genossenschaft angerufen, nahen sich die sozialdemokratische „München-er Post“ der Sache an und brachte das Unwesen an die Öffentlichkeit. Da jedenfalls die Stadtgemeinde an dem Unternehmen finanziell interessiert ist, leitete der Magistrat eine Untersuchung ein. Bei der Berichterstattung bezeichnete nun der die Untersuchung leitende Rechtsrat Schöner die Annahme solcher „Provisionen“ zwar als unehrig, betrachtete aber als mitberndem Umstand die Anschauungen der Kreise, aus denen die Schmiergeldempfänger hervorgegangen sind. Das heißt mit anderen Worten: daß man es in jenen Kreisen — und dazu gehörte ein leidenschaftlicher Kooperator (Geistlicher) — mit seiner Ehre allgemein nicht für unvereinbar hält, in der Wahrnehmung von Vertrauensämtern Schmiergelber anzunehmen. So urteilte ein Mann, der den Angeeschuldigten nicht etwa feindlich gegenüberstand, sondern sie mit aller nur möglichen Schonung behandelte, ja ihr Verhalten sogar zu beschönigen versuchte.

Das ist für alle anständigen Menschen ein geradezu vernichtendes Urteil über die Moral, die nach der doch wohl nicht ganz unbegründeten Auffassung jenes Herrn in den hier in Frage kommenden Kreisen der dem Zentrum huldigenden Arbeiter, niederen Beamten und des unteren Kleines gilt. Wenn der Herr weiter meinte, daß in Deutschland „das Schmieren zu den Geschäftszusammengehöre und nun einmal „ohne Schmieren kein Geschäft zu machen sei“, wogegen allerdings der Gemeinderat protestierte, so mag er das mit den beteiligten Kreisen abmachen. Trotzdem uns von jenen Zentrumsarbeitern eine Weltanschauung trennt, können wir nicht glauben, daß obige Ansicht auf diese in ihrer Allgemeinheit zutrifft. Es wäre schlimm bestellt, wenn dem so wäre, wenn die Arbeiter allgemein aus solch käuflichen Elementen beständen. Was uns veranlaßt, diese Frage hier anzuschneiden, das ist die ständige Behauptung der Zentrumsleute, daß die christgläubigen Arbeiter den freien Gewerkschaften mit ihren materiellen Zielen fernbleiben müßten, weil — nun, weil dort wirtschaftliche Dinge nicht mit einem religiösen Mäntelchen verbräm werden. Dabei müssen wir ab und zu erleben, daß auch stramme Zentrumshelden irdische Güter gar zu sehr lieben und über diese ihre Neigungen straucheln.

In dem vorliegenden Falle gehörten nun die „offen ehrlichen Seemanns“ dem Vorstand und Aufsichtsrat der im Jahre 1908 von Zentrumsseite gegründeten Bau-Genossenschaft München-Süd an. Die Verwaltung war recht bestrebt, die Genossenschaft „rein“ von Liberalen und Sozialisten zu erhalten, denn Aufnahmegesuche solcher, die keinem christlichen (das heißt in München: katholischen) Verein angehörten, wurden bis zu sieben Monaten verzögert, während andere in wenigen Tagen ihre Erledigung fanden. Man hatte freilich auch alle Ursache, jüdisch „unter sich“ zu bleiben, denn manche „Amtshandlungen“ vertragen die öffentliche Kritik recht wenig.

Nach dem amtlichen Bericht des Rechtsrats Schöner bewilligte der Aufsichtsrat auf Antrag des Kooperators Pfleger dem Vorstandsmitglied Starzmann 3000 Mk. Jahresgehalt, dem Kassierer außerdem 50 Mk. monatlich, Vorstand und Aufsichtsrat bezogen an „Provisionen“, wie man die Schmiergelber verschämt bezeichnete, von einem Bauunternehmer 2750 Mk., von einem anderen 1100 Mk., von der Parkettbodenfabrik in Freilassing, die, wie behauptet wurde, dritte statt erste Qualität Holz geliefert haben soll, 950 Mk., vom Wirt der Genossenschaft 100 Mk., von einer Brauerei 300 Mk.

Die Verteilung des Staubes geschah aber nicht einmal brüderlich. Die drei maßgebenden Personen behielten für sich je 1200 bis 1400 Mk., während die übrigen mit 200 Mk.

abgespeist wurden, der geistliche Berater sogar mit 111 Mk. Aber genommen hat er es auch, wenn auch erst nach Ueberwindung einiger Gewissensbisse, und wenn er auch den Betrag nachträglich zu wohlthätigem Zwecke verwandt haben soll. Trotzdem scheinen ihm in seiner Weltfremdheit keine Bedenken darüber aufgestiegen zu sein, daß die Lieferanten diese zusammen 5200 Mk. doch nur „schenken“, wenn sie dadurch einen weit höheren Betrag zu Recht aus der Genossenschaft ziehen können. Diese „Trinkgelber“ wurden natürlich gleich der hohen Honorierung der „Ehrenämter“ vor den Mitgliedern streng geheim gehalten. Auch sonst war manches faul. So behielt der Vorsitzende in einem Fall eingezahlte Anteilgelber monatelang in seiner Tasche, ohne sie an die Kasse abzuliefern und dergleichen erbauliche Dinge mehr. Nach dem Bekanntwerden dieser Tatsachen hat nun die Genossenschaft mit der alten zentrumsstreuen Verwaltung aufgeräumt und eine neue paritätisch zusammengesetzt, von der man eine ruhige Entwicklung des Unternehmens erhofft.

Christliche Moral und fromme Sitte soll bekanntlich vor dem Gotte Nimm ebenso schätzen, wie vor dem Teufel Witru. Das obige Beispiel beweist, daß das eine nicht immer zutrifft und bezüglich des anderen bedarf es kaum noch eines Beweises. Es wäre nun freilich verfehlt, aus diesen Einzelercheinungen Folgerungen auf die ganze Gruppe ziehen zu wollen, ebensowenig, wie man die freien Gewerkschaften allgemein für die Verfehlungen eines einzelnen frei organisierten Arbeiters haftbar machen kann. Es gibt eben allzumal Sünder, hüben wie drüben. Der Fall beweist aber erneut, daß die „höheren sittlichen Gesichtspunkte“, die angeblich die christlichen Gewerkschaften vor den freien voraus haben, auch bei deren Bestimmungsgenossen nur zu leicht dort versagen, wo sie mit materiellen Interessen in Kollision geraten. In rein wirtschaftlichen Kämpfen müssen eben religiöse Fragen ausscheiden. Wo aber der Einzelvorteil in Frage kommt, da siegen recht oft trotz des religiösen Mäntelchens menschliche Schwächen über religiöse Gebote. Ja, wir behaupten sogar, daß in solchen Dingen die Klassenmoral und das sich aus dem Zusammenleben ergebende natürliche Rechtsgefühl weit stärker wirken, als irgendwelche angelernten Gebote. Der beste Beweis dafür ist wohl, daß bei den Gewerkschaften aller Richtungen Tausende blutarmer Teufel jahraus, jahrein Summen von Gewerkschaftsgeldern peinlichst verwalteten, die für den einzelnen oft ein Vermögen darstellten.

Die Solidarität des Proletariats erzieht zu höheren sittlichen Anschauungen, als alle eingebläuten paragrafisierten Sittengebote miteinander.

Der Reichstag begann am 6. Februar mit der zweiten Lesung des Gesetzentwurfes betreffend Aenderung des Gerichtsverfassungsgesetzes und der Strafprozeßordnung. Trotzdem man annehmen könnte, daß diese Materien in erster Linie nur den Juristen interessieren, ist dem doch nicht so. Im Gegenteil, die Arbeiter haben an der Gestaltung dieser Gesetze ein gar wesentliches Interesse, sind doch die Arbeiter heute nach dem Wunsche der herrschenden Klassen nicht Subjekt, sondern Objekt der Rechtspflege. Selbst wo heute Laienrichter zur Rechtsprechung herangezogen werden, wie bei den Schöffens- und Schwurgerichten, werden Arbeiter davon streng ferngehalten. Vereinzelt Ausnahmen sind nur in den süddeutschen Staaten zu finden. Die Frauen aber werden nach dem bestehenden Rechte wie auch nach dem vorliegenden Entwurf überhaupt nicht als Richter zugelassen, trotzdem die anhängenden Staatsanwälte auch vor dem weiblichen Geschlecht durchaus nicht Halt machen. Auch in den jetzigen Reichstagsverhandlungen scheiterten alle Bemühungen der sozialdemokratischen Vertreter, diesem unwürdigen Zustand ein Ende zu machen, an dem Widerstande der bürgerlichen Parteien.

Der Entwurf der Regierung sieht für die Landgerichte, die jetzt mit 6, bei einfachen Berufungs- und bei Privatsachen mit 3 Berufsrichtern besetzt sind, für die erste Instanz zwei Richter und 3 Schöffen vor, in der Berufung soll es bei den 3 Richtern wie bisher bleiben. Ein sozialdemokratischer Antrag, der 1 Richter als Vorsitzenden und 4 Schöffen für beide Instanzen forderte, wurde abgelehnt. Geschlossen wurde, beide Instanzen mit 2 Richtern und 3 Schöffen zu besetzen. Auf noch weniger Entgegenkommen stieß der Antrag Albrecht u. Gen. (Soz.), die Zuständigkeit der Schwurgerichte allgemein auf alle Verbrechen auszuweiten. Dies ist in Bayern und Baden heute bereits der Fall, und Volk wie Richter sind dort mit der Einrichtung durchaus zufrieden. Die preussische Regierung ist allerdings von der volkstümlichen Rechtsprechung in jenem „wilden“ Lande recht wenig erbaut, denn mit Ausnahme der rassereinen ostelbischen Großgrundbesitzer würde sich wohl kaum eine, wenn auch siebenmal gesiebte Geschworenenbank finden, die so ungeheure Urteile in Preprozessen zustande brächte, wie sie gelehrte Richter in den letzten Jahren fällen. Man denke nur daran, daß der Breslauer Redakteur Löbe für eine einfache Zeitungsnotiz ein Jahr Gefängnis absitzen mußte, man denke an das ungeheure Urteil gegen Markwaldt in Königsberg und an die vielen vierel und halben Jahre, die erst in den letzten Wochen über Preßurheber verhängt wurden. So ist der Widerstand der Regierung und der rechtsstehenden Parteien begründlich, denn die Schwere des Gesetzes lastet doch nur auf der linksstehenden Presse. Der Antrag verfiel der Ablehnung. Dagegen konnte die Regierung ihre „Mißrichter“ in Strafprozessen nicht halten. Es sind dies Assessoren, deren Existenz, im Gegensatz zu den wenigstens dem Gesetz nach unabhängigen Richtern, vom Wohlwollen der Vorgesetzten beeinflusst werden kann. Der Reichstag beschloß, daß als Mitglied einer Strafkammer nur festangestellte Richter fungieren dürfen. Die Beratung des vorliegenden Gesetzentwurfes bot auch Gelegenheit, die Verfuhe von Richtervereinstellung beim Koaliter Prozeß, die Ordensverleihungen an die dabei doch arg blögestellte Schutzmannschaft und das Verhalten des Justiz-

ministers gegen den Vorstehenden Unger im Moabiter Schwurgerichtsprozeß unter die kritische Lupe zu nehmen. Eine Menge interessanter Materials brachte die am 18. Februar begonnene zweite Beratung des *Marine-etats* zu Tage. Hier sollte sich die Arbeiterfreundlichkeit der einzelnen Parteien so recht offenbaren. Die Regierung wollte, und das mit Recht, an den über 2 Millionen Mark jährlich betragenden „Zulagen“ sparen. In der Marine werden nämlich außer den Gehältern sogenannte „Zulagen“ für alles Mögliche gewährt. Kennzeichnend dafür ist die Neuerung eines alten Seehärens, daß die Ersparnisse von den Zulagen in den Kolonien ausreichen, um sich später in der Heimat ein Gut zu kaufen. Da gab es u. a. seither Zulagen für das teurere Essen an Bord auch für die Zeit, wo der Offizier an Land war; Repräsentationsgelder, wo nichts zu repräsentieren war und bergleichen mehr, natürlich oben mit Scheffeln, unten mit kleinem Maße. Einiges davon soll eingeschränkt werden, und so fing man neben der Beteiligung einiger der oben geschilderten größten Mißstände — unten an und streich den Gehältern der Marine ihre bisherige Zulage (für den anstrengenden Dienst) von täglich 20 Pfennig ganz. Die Budgetkommission milderte zwar diesen Abzug auf 10 Pf. täglich, dagegen wurde der sozialdemokratische Antrag auf volle Weiterzahlung der 20 Pf. von der Mehrheit der Fraktionen, Konservativen, Reichspartei, Zentrum und von sämtlichen Voten, niedergestimmt. Bemerkenswert ist, daß selbst der katholische Verbandssekretär Reichler gegen die Zulage stimmte, während zwölf Zentrumsadgeordnete, dabei die meisten Arbeitersekretäre, sich den Luxus erlaubten, dafür zu stimmen. Sie konnten ja vorher berechnen, daß die Mehrheit gegen den Antrag auch ohne sie eben noch zustande kam. Den Admiralen der Marine wurde natürlich kein Pfennig von den Bezügen gestrichen! Der Etat für Klautschou verschlingt diesmal 8 Millionen Mark im Jahr an Militärkosten, das ist für jeden dort lebenden Deutschen 5800 Mk. Trotzdem wurde die Summe gegen die Stimmen der Arbeitervertreter bewilligt.

Bei Besprechung der Arbeitsverhältnisse in den Marinebetrieben wurde erneut eine schon im Jahre 1908 ähnlich beschlossene Resolution der sozialdemokratischen Abgeordneten angenommen, die verlangt, daß Arbeiten und Lieferungen für die Marineverwaltung nur an solche Firmen vergeben werden, die bezüglich der Arbeitsbedingungen die gesetzlichen Vorschriften einhalten und sich verpflichten, auf den Abschluß von Tarifverträgen hinzuwirken, und daß die Festsetzung oder Neuordnung von Arbeitsbedingungen in den Marinebetrieben nur unter Mitwirkung der Arbeiterausschüsse geschieht.

Ebenso fanden Resolutionen der Abg. Wiesberts und Behrens Annahme, die Ausbau der Arbeiterausschüsse und Berücksichtigung tariftreuer Firmen bei Vergabe von Arbeiten fordern.

Die Neuregelung der Verfassung Elßig-Verordnungen, die wir im letzten Bericht behandelten, hat in der Reichstagskommission eine für die Regierung unerwünschte Wendung genommen. Die Kommission änderte den Gesetzentwurf dahin ab, daß die jetzigen Reichsländer künftig einen selbständigen Bundesstaat mit Stimmen im Bundesrat und einem Statthalter an der Spitze bilden sollten. Die Regierungsvertreter erklärten diese Lösung für unannehmbar. Die Weiterberatung ist vorläufig vertagt. Man rechnet mit der Zurückziehung des Gesetzentwurfes.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Nachfolgenden Zahlstellen wird hierdurch antragsgemäß die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Lokalbeitrages erteilt, wonach der Gesamtbeitrag in Aurlach 65 Pf. und in Wernburg für weibliche Mitglieder 20 Pf. beträgt.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 8. Wochenbeitrag für das Jahr 1911 fällig geworden.

Auf Antrag der Zentralkommission der Vergolder berufen wir hiermit eine Konferenz der Vergolder und Politurleisstmacher auf den 18. und 19. April d. J. nach Berlin ein.

Als vorläufige Tagesordnung hat die Zentralkommission vorgeschlagen:

1. Bericht der Zentralkommission.
2. Tarifverträge.
3. Arbeitsvermittlung.
4. Sonstige Branchenangelegenheiten.

Wegen der Entsendung von Delegierten haben die Sektionen der Vergolder sich mit ihren Lokalverwaltungen zu verständigen. Die Delegationskosten sind aus lokalen Mitteln zu bestreiten, doch ist der Vorstand bereit, finanziell ungenügend gestellte Zahlstellen auf ihren Antrag je nach Erfordernis einen Zuschuß aus der Verbandskasse zu gewähren.

Zuschüsse und sonstige zur Verhandlung auf der Konferenz bestimmte Anträge sind spätestens bis zum 25. März an den Vorstand zu richten.

Die gewählten Delegierten haben sich von der Zahlstellenverwaltung ihres Ortes ein Mandat ausstellen zu lassen. Für die Delegiertenwahl sind die Vorschriften des Handbuchs für die Verbandsfunktionäre, Seite 3, Ziffer 4, zu beachten.

Arbeitslose Mitglieder können nach § 33 des Statuts den Eintritt ihrer Arbeitslosigkeit stets sofort bei der Lokalverwaltung zu melden. Im Interesse einer vollständigen Arbeitslosenstatistik liegt es, daß jedes arbeitslose Mitglied, auch wenn nicht unterstützungsberechtigt, die rechtzeitige Meldung nicht versäumt. Für die Berechnung der Unterstützung gilt der Tag der Meldung als Beginn der Arbeitslosigkeit. Nach Ablauf von sieben Tagen nach der ersten Meldung (§ 34) beginnt der Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung.

Nachstehende Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

- 6027 Otto Bruns, Tischler, geb. 21. 4. 62 zu Koburg.
- 147400 Karl Scheibel, Einseher, geb. 10. 11. 76 zu Frankfurt.
- 224800 Paul Buchelt, Kistenmacher, geb. 17. 4. 72 zu Müsternitz.
- 284178 Otto Lehmann, Tischler, geb. 18. 10. 84 zu Münchenberg.
- 808808 Friedrich Kumscheld, Tischler, geb. 30. 5. 75 zu Barmen.
- 824170 Franz Stolzki, Polierer, geb. 5. 9. 76 zu Königsberg.
- 842975 Max Nonisicht, Tischler, geb. 15. 10. 66 zu Dornstadt.
- 308809 Gustav Lehmer, Tischler, geb. 10. 9. 72 zu Harsdorf.
- 285700 Richard Wandelt, Kistenmacher, geb. 4. 5. 76 zu Görzhen.
- 888857 Paul Müller, Kistenmacher, geb. 12. 10. 79 zu Kamenz.
- 801971 Fritz Ahmann, Stellmacher, geb. 8. 9. 80 zu Kohnfurtorf.
- 407104 Louis Schaaff, Tischler, geb. 8. 5. 84 zu Straßburg.
- 487770 Otto Wendfeldt, Tischler, geb. 20. 8. 88 zu Haffelsburg.
- 449422 W. Kämpfe, Tischler, geb. 22. 11. 01 zu Krumbach.
- 450083 Karl Grabe, Tischler, geb. 20. 11. 86 zu Rehme.
- 488328 Karl Mägler, Tischler, geb. 25. 5. 68 zu Breslau.
- 494702 Otto Lauterlein, Tischler, geb. 28. 11. 02 zu Niederböhmersdorf.
- 501842 Paul Weikler, Tischler, geb. 28. 2. 93 zu Gera.
- 540061 Otto Schmolz, Stellmacher, geb. 2. 4. 93 zu Schmarfendorf.
- 640110 Friedrich Gerhardt, Masch.-Arbeiter, geb. 1. 4. 64 zu Ohjow.

Berlin C. 2, Neue Friedrichstr. 2.

Der Verbandsvorstand.

Korrespondenzen.

Auskam. Der Betrieb des Tischlermeisters Wilh. Möhrdanz kann nicht gerade als besonders empfehlenswert bezeichnet werden. Bekommt ein Kollege einen neuen Meißel, dann muß er erst lange warten, bis er alles Material bekommt. Außerdem mangelt es sehr an Werkzeug. Schraubzwinge muß man sich erst aus der Zuchterei holen und hat dann stundenlang zu tun, um sie reinzumachen. Noch ehe sie ausgebraucht sind, werden sie auch schon wieder geholt. Am traurigsten ist es Sonnabends mit dem Lohnzahlen. Herr Möhrdanz ist dann immer verreist. Seine Frau gibt dann 5 bis 10 Mk. Abschlag. Es kommt sogar vor, daß es überhaupt nichts gibt. Trotz dieser beschämenden Zustände müht der Arbeitgeber seinen Gesellen zu, die Lieferung von Verticos 4 Mk. billiger herzustellen, welches Ansuchen unsere Kollegen selbstverständlich abgelehnt haben. Der Preis wurde schon seit Jahren bezahlt. Bei einer Verhandlung erklärte er unserem Bevollmächtigten gegenüber, daß es ihm gar nicht auf den Preis ankommt, aber weil die Verticos bei der Firma Geiden billiger gemacht werden, gibt er auch nicht mehr. Eher wolle er auf die Herstellung verzichten und Arbeiter entlassen. Jetzt hat der Meister dem Vertrauensmann gekündigt, obgleich dieser andere Arbeit machte. Wir erklären darin eine Maßregelung und bitten die Reisenden, vor Arbeitsannahme erst bei der Verwaltung vorzusprechen.

Burg b. Magdeburg. (Vergolder.) Schon öfter ist darauf hingewiesen, daß sich jeder Kollege vor Aufnahme der Arbeit nach den Lohnverhältnissen erkundigen soll. Mancher würde sich vor Enttäuschung bewahren, wenn er nicht planlos und unter Umgehung des Nachweises nach Arbeit fragen bezw. dieselbe aufnehmen würde. Besonders seitens der fremden Kollegen, welche zum größten Teil bei der Firma Wattenberg u. Co. in Arbeit treten, wird dann über zu niedrigen Lohn geklagt. Kollegen, unterstützt uns, die Löhne zu verbessern, durch Beseitigung des Ueberangebots und durch Benutzung unseres Arbeitsnachweises. Derselbe befindet sich Nr. 9 und erhält jeder dort bereitwillig die nötige Auskunft über die in den hiesigen Gold- und Politurleisstmachereien bestehenden Verhältnisse.

Dresden. In der am 3. Februar stattgefundenen Sektionsversammlung der photographischen Branche erstattete Kollege Schmidt den Bericht über eine aufgenommene Statistik. Beschäftigt sind 181 Kollegen, davon im Holzarbeiterverband organisiert 164 Kollegen und 5 im Girsch-Dunderschen Gewerbeverein. Der durchschnittliche Jahresverdienst der Branche beträgt 1438,08 Mk., der durchschnittliche Stundenverdienst 56,4 Pf., höchster 74,5 Pf. und niedrigster Stundenverdienst 32,2 Pf. Im Jahre 1909 betrug der Durchschnittsverdienst 1351,48 Mk. Im größten Betrieb (Zla) ist der niedrigste Durchschnittsverdienst zu verzeichnen. Kann so das Organisationsverhältnis als günstig bezeichnet werden, so läßt sich dies von der Beteiligung an den sonstigen Einrichtungen der Arbeiterschaft leider nicht sagen. Einer einzigen Diskussion folgte die Neuwahl des Sektionsleiters, die auf den Kollegen Emil Berger, Augsburger Straße 113, fiel.

Erfurt. In Nr. 5 unserer Zeitung wurden die Verhältnisse der Rahmen- und Goldleisstmacherei von Herrnmann Walther einer Kritik unterzogen. Herr Walther hat sich nunmehr bereit erklärt, für seinen Betrieb vom 1. April ab die am Orte übliche 66stündige Arbeitszeit einzuführen. Für Ueberstunden werden auch weiterhin nur 10 Proz. Aufschlag ausgezahlt. Der andere Teil wird vom Arbeitgeber aufgezahlt. Je nach der Dauer treu geleisteter Dienstjahre erhalten dann die Arbeiter Ferien, wobei der gesamte Ueberstundenverdienst dann ausgezahlt wird. Die Arbeiter sind vorläufig noch mit dieser „Wohlfahrtsvereinbarung“ zufrieden. Ferner wird von den jetzt dort beschäftigten Vergolbern beklagt, daß jetzt nur brauchbares Material verarbeitet wird. Es wird behauptet, daß sich die vorher nur kurze Zeit dort beschäftigten Leisstmacher noch nicht genügend eingearbeitet hätten. 8 Organisierten stehen jetzt 7 Unorganisierte gegenüber; hoffen wir, daß dieses Verhältnis bald noch besser wird, dann wird auch Herr Walther weiter mit sich reden lassen.

Ulag. Schon einige Jahre sind wir hier bestrebt, unseren Kollegen immer wieder vor Augen zu halten, wie notwendig auch hier eine gute Organisation ist. Ein Teil der Kollegen hat dies auch längst begriffen und sich unserem Verband angeschlossen. Von den übrigen sind aber immer noch welche in dem Glauben, daß sie ihr Heil am besten wahren, wenn sie den Verbandsbeitrag sparen und sich dafür lieber als Spielball des Unternehmers gebrauchen lassen. Es herrschen denn hier auch noch Zustände in den meisten Betrieben in bezug auf die Ungleichheit der Löhne, des Ueberstundenwesens, Behandlung der Kollegen und, was das traurigste ist, in bezug auf die gegenseitige Verkehrssitte der Kollegen untereinander, die wo anders längst nicht mehr bestehen. Auch sind noch eine kleine Anzahl Kollegen vorhanden, die immer noch an ein „harmonisches“ Verhältnis auf „nationalen Boden“ stehen, vertrauen und von „gleichen Interessen“ zwischen Arbeitern und Unternehmern träumen. Um nun einmal eine Aussprache über die Lage unserer Kollegen am Ort herbeizuführen, hatten wir vor kurzem eine öffentliche Holzarbeiterversammlung einberufen, die auch verhältnismäßig gut besucht war. Kollege Paszina-Breslau führte in seinem mehr als einstündigen Referat vor Augen, was endlich eine dauernde Verbesserung auch für die Gesamtheit der hiesigen Kollegen herbeiführen würde. Die Ausführungen fanden lebhaften Beifall und es entspann sich darauf eine lebhafte Diskussion, an der sich eine Reihe Kollegen beteiligte. Ein Kollege vom Gewerbeverein wandte sich gegen den Kollegen Seidel, welcher die kritischen Verhältnisse besonders gekennzeichnet hatte und auch auf Verschiedenes zu sprechen kam, was die Gewerbetreibenden am Ort einfluß und jetzt anerkennen. Mit einem Hoch auf den Verband wurde die Versammlung geschlossen. Offenlich sehen auch unsere Kollegen nun endlich ein, daß andere Mittel und Wege eingeschlagen werden müssen, wenn es besser werden soll.

Grabenitz. Seitdem hier der Tarifvertrag gekündigt ist, versuchen es einzelne Tischlermeister, die Verbandsmitglieder auf alle Art und Weise zu schikanieren. So hat der Tischlermeister Waffella den Kollegen angedroht: wer nicht aus dem Verbandsaustritt, der fliegt einfach hinaus. Durch ein einmütiges Zusammenhalten seitens der Kollegen ist dem Meister gezeigt worden, daß solch ein Verlangen doch nicht so leicht durchführbar ist. Immerhin heißt es auf der Hut sein.

Gamseln. Als unsere Kollegen beim Tischlermeister Traay auf einen ihnen kurz vor Weihnachten vorgelegten Kostentarif mit der Ausstellung eines solchen ihrerseits antworteten, wurden 5 Kollegen kurzerhand entlassen. Einer dieserhalb vorsprechenden Kommission erklärte Herr C., das könne er machen, wie er es wollte. Außerdem wolle er den Karosseriebau aufgeben. Dieses wurde von den Kollegen etwas unglaublich aufgenommen, da noch circa 50—70 Wagen zugeschnitten waren, und die Vermutung ausgesprochen, daß Herr Traay seinen Betrieb von den Verbändlern reinigen wolle. Diese Vermutung scheint sich jetzt zu bestätigen. Einem Kollegen, welcher einen Stundenlohn von 85 Pf. hatte, wurden jetzt bei der Lohnzahlung 5 Pf. pro Stunde abgezogen. Herr Traay behauptet, dazu gezwungen zu sein, da er sonst nicht auf seine Kosten komme und es auch niemand verlangen könne, daß er noch für Arbeit Geld zulegen solle. Der Herr scheint es aber für christlich zu halten, wenn er sich veralkaliert hat, den Fehlbetrag den Gesellen vom Lohn abzuziehen. Der Kollege hat selbstverständlich dem Betriebe den Rücken gekehrt, aber leider unbegreiflicherweise diese Kürzung des Lohnes hingenommen, statt die Differenz beim Gewerbegericht einzuklagen. Diese Methode scheint ein schlaues Manöver zu sein. Bei der im vergangenen Sommer stattgefundenen Lohnbewegung hat Herr Traay, gezwungen durch die Verhältnisse, die Verkürzung der Arbeitszeit um 1/4 Stunde pro Woche zugesprochen und zwar zum 1. April 1911. Da nun dieser Termin immer näher rückt, und ihm dies Versprechen wahrscheinlich leid wurde, ist die Vermutung wohl nicht ganz grundlos, daß er die Verbänder aus seinem Betriebe los sein will. Er sucht nämlich Arbeitskräfte und bevorzugt dabei Unorganisierte. Wir aber werden nicht verfehlen, den von Herrn Traay unterschriebenen Wechsel betreffs Arbeitszeitverkürzung zur rechten Zeit vorzulegen. Da es auch sonst hier noch viel zu verbessern gibt, werden die zugereisten Kollegen ersucht, erst bei der Verwaltung Erkundigungen einzuziehen, ehe sie Arbeit annehmen.

Johannisburg (Ostpr.). In unserem masurischen Städtchen hat es lange gedauert, bis sich der Organisationsgedanke durchbroch, jetzt aber schreitet er siegreich vorwärts. Die Arbeiter des größten Betriebes haben sich jetzt dem Verbands angeschlossen und steht zu hoffen, daß die übrigen Kollegen diesem Beispiel bald folgen. Das ist um so leichter möglich, als der Gesamtverband uns hier in Anbetracht der noch unentwickelten Arbeitsverhältnisse den Beitrag auf nur 50 Pf. festgesetzt hat. Trotzdem haben die Mitglieder die gleichen Rechte wie an anderen Orten bei 60 Pf. Es ist freilich für manchen Kollegen neu, überhaupt wöchentlich einen Beitrag für die Sicherung und Hebung seiner Lebenslage anzulegen, diese werden aber bald einsehen, daß dies Geld gut angelegt ist. Allein die Unterstützungen sichern vielen Nutzen. Die Arbeitszeit beträgt hier noch 11 Stunden. Es kommt aber auch vor, daß deren 12 gearbeitet werden, ohne daß es dafür einen Aufschlag gibt. Wohl wird es in unseren kleinstädtischen Verhältnissen anfangs noch genug Schwierigkeiten geben, doch werden wir auch diese überwinden.

Lüneburg. Wir haben uns schon jahrelang bemüht, unserem Arbeitsnachweis die nötige Anerkennung zu verschaffen. Das ist uns auch in einigen Betrieben gelungen. Wenn aber die Kollegen selbst nicht dazu beitragen, das Ertrugene hochzuhalten, dann ist alle Mühe vergebens. Kommt es doch nicht selten vor, daß auswärtige Kollegen brieflich um Arbeit anfragen und auch erhalten, oder auf Annoncen zugereist kommen, aber sich vorher nicht um die Arbeitsverhältnisse am Orte bei der Ortsverwaltung erkundigen. Es ist sogar vorgekommen, daß vom Bureau einer größeren Zahlstelle Kollegen direkt hierher vermittelt wurden, ohne vorher bei uns anzufragen. Die Unternehmer müssen daran gewöhnt werden, nicht von außerhalb Arbeiter heranzuziehen und dadurch den Nachweis zu geben. Wurden doch sogar jüngst Kollegen entlassen, um den von außerhalb hierher geschickten Platz zu machen. Wir

werden in Zukunft für keinen Kollegen eintreten, dem auf diese Art und Weise Arbeit nach Lüneburg vermittelt wurde.

München. (Wagner.) Bei Gebr. Weisbarth wurde schon vor einigen Monaten versucht, die Lage der Wagner durch Einführung der Akkordarbeit zu verschlechtern. Von den Arbeitern angerufen, schickte das Gewerbegericht am 27. Januar den Schiedspruch, daß nach dem geltenden Tarifvertrag die Einführung von Akkordarbeit während dessen Geltungsdauer nicht zulässig sei. Die Firma war jedoch sehr erregt darüber, daß der Schiedspruch nicht zu ihren Gunsten ausgefallen ist und entließ am folgenden Tage zwei Kollegen, die am längsten in der Fabrik arbeiteten, ohne weiteres. Die Herren erklärten: „Vor dem Gewerbegericht sind Sie die Herren, dahelst aber wir.“ Die Kollegen liegen nun auf dem Pflaster, während die Firma im Arbeitsmarkt durch große Annoncen „Einige selbständige Maschinenmacher bei höchstem Lohn für dauernd“ sucht. Wenn aber dann Maschinenmacher zugereist kommen, so wird ihnen der Helferlohn bezahlt und auch gar nicht die Arbeit gegeben, die sich für einen Maschinenmacher gebührt. Herr Weisbarth erklärte vor dem Gewerbegericht, daß er keinen norddeutschen Maschinenmacher bekommen kann, weil bei ihm nicht Akkord gearbeitet wird. Das trifft aber nicht ganz zu. Er soll nur Löhne zahlen, wie sie im Tarife stehen, dann bekommt er auch Leute. Wir bitten daher alle Kollegen, die geneigt wären, hierher zu kommen, sich erst mit der Organisation zu verständigen, damit sie hier keine Enttäuschung erleben.

Neheim-Hüsten. Endlich ist es auch hier gelungen, eine zahllose ins Leben zu rufen. Es muß ohne weiteres zugegeben werden, daß es hier für unsere Organisation ungemein schwer fällt, festen Fuß zu fassen, nichtabstoßender aber geloben die Kollegen, mit dazu beizutragen, daß auch das Sauerland, welches wohl als der schwärzeste Bezirk bekannt ist, der Organisation erschlossen wird. Dazu gehört, daß alle Verbandskollegen sich eng an die Organisation anschließen, alles gemeinsam in den Versammlungen beraten und nicht den wenigen Kollegen der Verwaltung alles allein vertrauensvoll überlassen. Es ist durch die gemeinsamen Gewerkschaftsversammlungen Vorseorge getroffen, daß auch in diesem Bezirk den organisierten Arbeitern Aufklärung durch Vorträge, eine gute Bibliothek usw. zuteil wird. Zu wünschen ist nur, daß die Hoffnungen der Kollegen in Erfüllung gehen und recht bald von weiterer Ausbreitung unserer Verbände berichtet werden kann.

Deberan. Die Zustände in der Jalosiefabrik haben sich seit unserem letzten Bericht in Nr. 48 von 1910 noch mehr verschlechtert. Die Firma suchte fortwährend Löhler bei hohem Lohn, dabei wird jetzt schon wieder verlinkt gearbeitet. Selbst einige Entlassungen erfolgten. Obwohl in der Arbeitsordnung erst 5 Minuten Verspätung als Grund zur Strafe angegeben ist, wurde ein Arbeiter schon wegen 8 Minuten sofort entlassen. Das ganze Treiben geht vom zweiten Werkführer aus, welcher auch in der Behandlung der Arbeiter viel zu wünschen übrig läßt. Herr Ahnert dürfte von diesem rigorosen Vorgehen seiner Werkführer keine Ahnung haben. Allerdings wäre es nötig, daß sich der Chef besser um seine Arbeiter kümmert und seine Angestellten nicht eigenmächtig handeln läßt. Wozu eigentlich bei 26 Arbeitern 2 Werkführer notwendig sind, ist uns unverständlich. Die Kosten müssen doch wieder aus den Arbeitern herausgeschunden werden. Hoffentlich tragen diese Besen zur Besserung dieser Zustände bei. Freilich sollten auch die Arbeiter das Ihrige dazu tun, indem sie die Organisation fördern.

Duedingburg. Die Arbeitsverhältnisse in den Hiesigen Eisereien sind seit längerer Zeit recht ungünstig. Arbeitsverkürzung und Aussetzen ist an der Tagesordnung; nur in wenigen Betrieben wird voll besetzt gearbeitet. Wenig anständig ist es, wenn die Arbeitgeber die Konjunktur ausnützen, wie die Firma A. Krendt. Einem Kollegen, der dort 8 1/2 Jahre tätig gewesen ist, wurde von Herrn Krendt jun. angebotet, daß man mit seinen Leistungen nicht zufrieden ist. Der Herr muß es wissen, denn er hat erst kürzlich den Meisterkittel erworben. Wir sind nun der Ansicht, daß es sich mehr um die Lohnzulage handelt, die am 1. April wieder gezahlt werden muß, und diese hat dem Herrn Eisenermeister schwer am Herzen. Unser Kollege hat es dann vorgezogen, das Arbeitsverhältnis zu lösen und sich nicht von jemand kritisieren zu lassen, der es wohl nötig hätte, das Buch „Der Umgang mit Menschen“ zu studieren. Trotzdem hier auch verheiratete Kollegen arbeitslos sind, hat Herr Krendt jüngere Kräfte eingestellt, doch wohl nur der Billigkeit halber. Das sollte allen Kollegen, den ansässigen wie den reisenden, Veranlassung sein, sich mehr um ihre Arbeitsverhältnisse und das Verbandsleben zu kümmern.

Rheine. Bekanntlich sind auf unseren Antrag die Mitgliederbeiträge für Rheine auf 55 Pf. belassen worden. Da das nun geschehen ist, um in der Agitation bessere Erfolge zu erzielen, so muß doch konstatiert werden, daß wir jetzt wenig damit erreicht haben. Die Kollegen wünschen eine Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse, aber ohne Saat gibt es keine Ernte. Nur wenn wir endlich gewillt sind, uns dauernd zu organisieren, kann an eine Verbesserung unserer Lebenslage gedacht werden. Wir finden demnach drei Agitationsversammlungen statt, und zwar am 1. März eine Holzarbeiterversammlung in Burgsteinfurt, am 2. März eine Holzversammlung in Gronau und am 3. März in Rheine. Pflicht der Kollegen ist es nun, an diesen Orten mit aller Energie die Agitation vorzubereiten, die unorganisierten Kollegen in Werkstätten aufzusuchen und auf die Versammlungen aufmerksam zu machen. Wo es möglich ist, sind deren Adressen an den Bevollmächtigten Schröder zu senden, damit diese Kollegen brieflich einladen können.

Sterbetafel.

- Peter Prien, 26 Jahre alt, gest. in Fienburg (Lungenentzündung).
Thomas Garmsen, 40 Jahre alt, gest. 10. November 1910 zu Fienburg.
Iwer Andresen, 44 Jahre alt, gest. 12. November 10 zu Fienburg.
Diedrich Wind, Schiffszimmerer, 32 Jahre alt, gest. 4. Februar 1911 zu Bremerhaven (Unfall).

- Kollo Dierksen, Nordmacher, 40 Jahre alt, gest. 6. Februar 1911 zu Bremerhaven (Hüftgelenkentzündung).
Eduard Söbner, Schiffszimmerer, 64 Jahre alt, gest. 6. Februar 1911 zu Bremerhaven (Herzschwäche).
Ernst Mans, 23 Jahre alt, gest. 29. Januar 1911 zu Steglitz.
Johannes Klemm, Tischler, 27 Jahre alt, gest. 8. Februar 1911 zu Frankfurt a. M.
Karl v. Knoblauch, Tischler, 81 Jahre alt, gest. 28. Januar 1911 zu Leipzig.
Karl Sönke, Tischler, 18 Jahre alt, gest. 5. Februar 1911 zu Burg.
Klaus Kröger, Tischler, 70 Jahre alt, gest. 30. Januar 1911 zu Kiel (Herzschlag).
Christiane Neumann, Poliererin, 41 Jahre alt, gest. 13. Januar 1911 zu Liegnitz.
Karl Siegler, Tischler, 55 Jahre alt, gest. 27. Januar 1911 zu Stuttgart.
Gottlieb Schmoll, Klaviermacher, 53 Jahre alt, gest. 27. Januar 1911 zu Stuttgart.
Emil Schneider, Stuhlbauer, 52 Jahre alt, gest. 25. Januar 1911 zu Wittweida (Lungenentzündung).
Franz Krusekopf, Stelmacher, 73 Jahre alt, gest. 24. Januar 1911 zu Braunschweig (Schlaganfall).
C. Merkel, Harmonikmacher, 21 Jahre alt, gest. 26. Januar 1911 zu Gera (Lungenschwindsucht).
Kaspar Gantner, Tischler, 62 Jahre alt, gest. 9. Februar 1911 zu Stuttgart.
Johann Stehle, Tischler, 88 Jahre alt, gest. 27. Januar 1911 zu Stuttgart.
August Bönia, Schiffszimmerer, 63 Jahre alt, gest. 26. Januar 1911 zu Mannheim.
Bruno Wölling, Tischler, 48 Jahre alt, gest. 8. Februar 1911 zu Norchach (Herzschlag).
Hermann Sturm, Vergolder, 60 Jahre alt, gest. 10. Februar 1911 zu Köln a. Rh. (Lungenentzündung).
Ihre ihm Andenken!
Die Ortsverwaltungen.

Unsere Lohnbewegung.

Zur Tarifbewegung. Die Berichte über die Verhandlungen in den einzelnen Städten zeigen diesmal kein einheitliches Bild. Die Stellungnahme der Arbeitgeber ist nicht überall die gleiche, so daß es den Anschein gewinnt, als wenn es entweder an der Direktive fehlt, oder aber, daß dieselbe in den verschiedenen Städten von den Arbeitgebern nicht befolgt wird. In fast allen kleinen Städten vertrösteten die Arbeitgebervertreter bei den örtlichen Verhandlungen unsere Kollegen auf die späteren zentralen Verhandlungen in Berlin, die ja doch wieder stattfinden würden. In anderen Städten wieder bestritten die Arbeitgebervertreter, daß zentrale Verhandlungen zu erwarten seien. Deutlich ist auch das bisherige Ergebnis der örtlichen Verhandlungen ganz unterschiedlich. Wollig aus der Reihe getanzt sind die Arbeitgeber in Liegnitz, welche trotz der Bemühungen des Vorstandes des Arbeitgeberverbands ihre Kündigungen nicht zurückgenommen, sondern sämtliche Bau-tischler am 18. Februar ausgesperrt haben. Dergleichen haben die Arbeitgeber in Kellheim, soweit sie dem Schutzverband angehören, am 18. Februar die Kündigung ausgesprochen mit dem Vorbehalt, daß sie nur gelte, wenn bis zum 4. März keine Einigung erzielt ist. Die Disziplin im Arbeitgeberverbandsverband wird mit diesen Vorgängen wieder einmal im rechten Lichte gezeigt. Wenn diese Zeitung in die Hände unserer Kollegen gelangt, werden die Zentralvorstände schon zu dem Stand der Bewegung auf Grund der örtlichen Verhandlungsprotokolle Stellung genommen haben. Daß unser Verbandsvorstand im übrigen mit den Ortsverwaltungen der beteiligten Städte fortgesetzt in enger Verbindung steht, braucht wohl kaum besonders erwähnt zu werden.

In Abort i. Vogtl. sind die Perlmutterarbeiter der Firma Lutz, Inh. Weister, durch das Vorgehen des Unternehmers in den Ausstand getrieben worden. Kaum haben sich die Arbeiter dieser Industrie ihrer Berufsorganisation angeschlossen, da suchen schon einzelne Unternehmer den Arbeitern das gesetzlich gewährleistete Koalitionsrecht illusorisch zu machen. Am 6. Februar wurde bei der Firma Lutz der Vertrauensmann plötzlich entlassen, weil er öfters die Interessen seiner Mitkollegen wahrgenommen hat. Eine Betriebsversammlung beschloß darauf, die Wiedereinstellung des Gemäßigten und die endliche Auszahlung der schon lange zugewilligten Lohnerhöhung der Beleger zu fordern. Bevor jedoch das von allen Kollegen unterzeichnete Schriftstück im Besitz des Arbeitgebers war, stellte dieser an fünf Kollegen die Zumutung, sich schriftlich zum Austritt aus der Organisation zu verpflichten. Dies wurde verweigert, worauf die sofortige Entlassung dieser Kollegen erfolgte. Daraufhin beschloßen dann die Zuschneider, Schleifer und Polierer, welche in keinem Kündigungsverhältnis stehen, die Arbeit niederzulegen, während die Beleger ihre Kündigung aussprechen wollten, wenn Herr Weister dem billigen Verlängen auf Wiedereinstellung der Gemäßigten sowie Lohnerhöhung der Beleger in der Höhe von 1,50 Mk. pro Woche nicht Rechnung tragen würde. Der Kommission erklärte der Arbeitgeber, daß sich die Arbeitgeber der Perlmutterbranche organisiert haben und gewillt sind, alle zu entlassen, die nicht ihren Austritt aus der Organisation erklären. Die Wiedereinstellung des Vertrauensmannes erfolge auf keinen Fall. Die Lohnerhöhung der Beleger soll versuchsweise auf vierzehn Tage erfolgen, wer aber nicht mehr leistet als bisher, dem wird wieder gekürzt oder er wird entlassen. Diese Zumutung wurde zurückgewiesen und erfolgte nun die Arbeitsniederlegung. Im Laufe des Tages wurden noch 7 Beleger entlassen, so daß die Zahl der Ausständigen 32 beträgt, 5 Mann stehen im Kündigungsverhältnis. Dieser Kampf ist nicht von den Arbeitern, sondern von Herrn Weister heraufbeschworen. Bis jetzt konnte sich dieser Herr vieler Erlauben. So wurde kurz vor dem Weihnachtsfest ein Kollege mit dem Bemerkten entlassen, wenn er ordentlich aus-

gehungert sei, dann könnte er einmal wieder nach Arbeit anfragen. An den Kollegen liegt es nun, diesen Konflikt siegreich zu beenden. Es möge sich keiner irre machen lassen durch Pöstermäuler, welche am Werk sind. Die Parole sei: Alle für einen und einer für alle. Zugug ist fernzuhalten.

In Berlin standen in der Stammfabrik Deutsche Haarstrich-Industrie Weiskopf, Inh. Kühn, unsere Kollegen seit dem 4. Februar im Akkordstreik. Diese Firma mit großem und vielversprechendem Namen beschäftigte neben 8-10 Arbeitsbüchern 7 Arbeiter, die sämtlich organisiert waren. Der Arbeitgeber wollte unsere Kollegen mit einem Abzug auf die bestehenden Akkordätze von 25 Proz. beglücken. Er hatte endlich einen Meister in der Person des Herrn Worm gefunden, der seinen Plänen geneigt war, und der es auch schon nach kurzer Tätigkeit im Betriebe zu Lohnstreitigkeiten mit unseren Kollegen brachte. Eine Verhandlung verlief resultatlos. Der Wermeister hat nun aus dem Betriebe von Dösch in Brix, wo er früher beschäftigt war, einige billige Arbeiter beschafft. Als wir diese Leute, die dem Fabrikarbeiterverband angehören, darauf aufmerksam machten, daß sie ohne Arbeitsnachweis doch gar nicht erst anfangen dürften, erklärten sie, sich um unsere Beschlüsse nicht kümmern zu brauchen. Nun wird dieser Verband sie wohl ausschließen, aber unser Kampf ist damit verloren und deshalb auch aufgegeben worden. Hier zeigt sich das Verderbliche, wenn ein Verband Leute aus einem anderen Berufe aufnimmt und dauernd hält. Diese Arbeitswilligen, denen eine derartige Arbeitsstelle mehr wert ist als ihre Arbeiterehre, beweisen damit, daß sie einem anderen als dem zuständigen Verbände doch nur beitreten, um bei niedrigerem Beitrage „reine Wäsche“ zu haben. Im Ernstfalle aber fallen sie um.

In Wärgel i. Thür. dauert der Lohnkampf der Stodarbeiter unverändert fort. Eine Verhandlung, die am 13. Februar stattfand, führte zu keiner Verständigung, die Kollegen wiesen die Zumutung der Unternehmer, die Arbeit am 16. Februar wieder aufzunehmen und dann erst in die Tarifverhandlungen einzutreten, einstimmig zurück. Auch die Drohung, daß schon eine Kolonne von Streikbrechern unterwegs sei, konnte die Kollegen nicht aus ihrer Ruhe bringen. Diese Drohung haben ja die Herren nun zur Wahrheit gemacht, indem sie sich für schweres Geld 40 Mauerbrecher aus Hamburg verschrieben haben. Über welche Ware! In ihrem ganzen Leben werden die Kollegen den Einbruch nicht vergessen, welche diese 40 vom Elend gezeichneten Gestalten auf sie machten, als dieselben den Bahnhof verließen. Weist halbwüchsige Büschchen von 16 bis 18 Jahren, mit bleichen, abgezeigten Gesichtern, welche mit Scheuen, zum Teil aber auch dreisten Blicken die mehrhundertköpfige Menge, welche zu ihrem Empfang erschienen war, betrachteten. Von ihrem Führern, den Streikbrecheragenten, auf einem Haufen zusammengetrieben, marschierten sie dann auf ein gegebenes Kommando, die hohe Polizei an der Spitze, auf den nächsten Fabrikhof, wo eine Musterung vorgenommen wurde und jeder Unternehmer seine bestimmte Zahl zugewiesen erhielt. Umgeleitete Sklaven. Zur Ehre unserer Kollegen müssen wir konstatieren, daß keine Stodarbeiter unter ihnen waren. Wie die Unternehmer mit diesem Material zurecht kommen werden, das mögen die Götter wissen. Auf viel Arbeit kommt es den Unternehmern wohl auch gar nicht an. Der Zweck der Übung ist vielmehr, die alten Arbeiter einzuschüchtern und zur Aufnahme der Arbeit zu bewegen. Den Versuch hierzu haben sie schon gemacht, indem sie einzelne ihrer alten Arbeiter durch Versprechungen an sich zu locken suchten, was ihnen jedoch vollständig daneben gelungen ist. Die Kollegen stehen heute noch, wie zu Anfang des Streiks, einig wie ein Mann und werden es auch bleiben.

In Essen lassen im Schreinerbetrieb der Westdeutschen Eisenwerke in Rra h Behandlung und Lohnverhältnisse der Arbeiter viel zu wünschen übrig. Mit 42-48 Pf. Stundenlohn glaubt die Firma ihre Schreiner so entlohnt zu haben, daß sie ein menschenwürdiges Dasein in den teuren Gefilden Krahs führen können. Am 15. Februar verlangten unsere Kollegen, daß ihre Löhne so gestellt werden, wie sie in anderen Betrieben von Krah bezahlt werden. Dieses Ansinnen lehnte die sonst recht fromme Betriebsleitung ab mit dem Bemerkten, daß sie Schreiner genug bekommen könne, worauf sämtliche Kollegen die Kündigung einreichten. Da die Firma bemüht sein wird, Arbeitskräfte von außerhalb heranzuziehen, ersuchen wir die Kollegen allerorts, besonders die des Ruhrgebietes, vorstehendes zu beachten und dahin zu wirken, daß nicht ein einziger Schreiner dort früher in Arbeit tritt, bis sich die Betriebsleitung bereit erklärt, ihren Schreiner solche Löhne zu zahlen, wie sie notwendig sind, um in Krah sein Leben fristen zu können, ohne Schulden machen zu müssen.

In Gevelsberg kam es in der Möbelschreinerei „Mar-Lana“, A.-G., zur ArbeitsEinstellung. Die Veranlassung hierzu gab der Betriebsleiter der Firma infolge seiner andigen Schikanierungen und Maßregelungen der Verbandskollegen. Eine Vorsprache des Gewerkschafters bei der Firma, schon ehe es zur ArbeitsEinstellung kam, desgleichen eine weitere auf Wunsch des Betriebsleiters nach der ArbeitsEinstellung, zeitigte infolge des eigenmächtigen Verhaltens des Betriebsleiters keinen Erfolg. Wir bitten, den Zugug nach Gevelsberg strengstens fernzuhalten.

In Solingen und Wald haben die Kollegen in einer gemeinsamen Mitgliederversammlung vom 12. Februar beschlossen, den Schreinermeistern beider Orte Forderungen zu unterbreiten. Die Kollegen wünschen an Stelle der 9 1/2stündigen Einführung der 8stündigen Arbeitszeit mit entsprechenden Lohnerhöhungen während einer vierjährigen Vertragsdauer. Schon vor 4 Jahren haben die Solinger Kollegen um die 8stündige Arbeitszeit einen längeren Kampf durchgeschritten, ohne damals zum Ziele zu kommen. Es muß auch jetzt wieder mit einem Kampf gerechnet werden. Die Kollegen im Dampfagewerk Diefenbach haben bereits die Einstellung der Arbeit beschlossen, nachdem die Firma vier Kollegen, wohl zur Einschüchterung der anderen, maßregelte. Die reisenden Kollegen wollen der hiesigen Differenzen eingedenk sein.

In Reil ist am 11. Februar der Kampf in den Rindermaschinenfabriken ausgebrochen. Noch in letzter Stunde boten die Arbeiter die Hand zum Frieden. Sie wurden überall abgewiesen. Daß hier der Terrorismus

Orgien gefeiert hat, zeigt der Verlauf der letzten Wochen. Einige Firmen hatten durch Verhandlungen sehr weitgehende Zugeständnisse gemacht. Die eine Firma Pfeiffer wollte die 50 stündige Arbeitszeit ab 1. April dieses Jahres einführen. Lohnverhöhungen von 5-10 Proz. waren ebenfalls zugestanden. Diese Vereinbarungen waren mit den Vertretern der Organisation getroffen. Eine zweite Firma Pfeiffer hatte fast alle Forderungen bewilligt. Nur über die Höhe der Vorkaufzulage bestanden noch Differenzen. Alle diese Zugeständnisse wurden auf Hinweisung des Fabrikantenvereins zurückgenommen. Hierauf entschieden sich die Arbeiter fast einstimmig für die Arbeitszeinstellung. Diese erfolgte in den meisten Betrieben am 11. Februar, in zwei Fabriken, bei denen Kündigung bestand, am 18. Februar. Die Firma Reiner hat sich am letzten Tage noch mit den Arbeitern geeinigt. Die 50 stündige Arbeitszeit tritt am 1. Juli dieses Jahres ein. Die Löhne werden um 5-20 Proz., bei einzelnen Positionen noch höher, aufgebessert. Zwei Firmen hatten schon vorher bewilligt. Belgeffert. Zwei Firmen hatten schon vorher bewilligt. Belgeffert. Zwei Firmen hatten schon vorher bewilligt. Belgeffert.

In Zittau sind die Differenzen noch immer nicht erledigt. In der letzten Woche fanden auf Veranlassung der beiderseitigen Zentralvorstände Vermittlungsversuche durch Kollegen Gerlitze statt. Es gelang dabei auch in den Betrieben Sommer und Dieke eine Einigung zu erzielen. Beim örtlichen Vorstehen des Arbeitgeber-Schutzverbandes, in der Firma Kothler und Barth, scheiterten jedoch dieselben. Obgleich die Streitpunkte nur noch geringe sind, handelt es sich aber um deutliche Vertragsverletzungen, so daß die Kollegen in diesem Betrieb beschließen mußten, den Kampf fortzuführen. In den Betrieben Pennig und Dieke wurde die Arbeit wieder aufgenommen, während Sommer mit der Firma Kothler u. Barth leben und sterben will und die Arbeitsaufnahme ablehnt, obgleich dieser Betrieb als geregelt gilt. Bezug nach Zittau ist weiter fernzujhalten.

Aus der Holzindustrie.

Girsch-Dundersche Agitationspraktiken.

„Also, Kollegen, Ihr seht, wie es im „großen“ Holzarbeiterverbande gemacht wird. Zum Zahlen und Pflichtenerfüllen sind die Mitglieder gut, aber die Rechte, die ihnen zustehen, dürfen sie nicht in Anspruch nehmen, dann wird ein Grund gesucht, und schon sind sie ausgeschlossen.“ Diese Gemeinheit schreibt nicht etwa Herr Lebus von den Selben oder ein offener Anhänger des bekannten „Reichsverbandes“, mit dem anständige Leute nicht gern in Verbindung kommen, sondern ein Mann, der behauptet, Arbeiterinteressen zu vertreten und der eigentlich etwas von unseren Verbandseinrichtungen kennen sollte. Jeder, der sich auch nur etwas um unsere Verhältnisse gekümmert hat, müßte wissen, daß in unserem Verbands noch kein Mitglied deshalb ausgeschlossen wurde, weil es einen Unterstützungsanspruch geltend machte. Aber dem Artikelschreiber der Girsch-Dunderschen „Eiche“, der wir obiges Zitat entnehmen, liegt anscheinend sehr wenig an der Feststellung der Wahrheit. Er will unserem Verbands um jeden Preis eins anhängen und fängt es dabei auf so plumpe Weise an, weil er eben sonst nichts findet. Vielleicht denkt er auch, daß doch immer etwas hängen bleibt. Das dürfte diesmal aber kaum gelingen, denn dazu ist die Aufmachung doch zu marktschreierisch.

In der fraglichen „Eiche“-Notiz wird behauptet, daß in Danzig ein Kollege, welcher seit 13 Jahren Mitglied unseres Verbandes ist, jetzt, wo er die Arbeitslosenunterstützung in Anspruch nehmen wollte, wegen angeblicher „Beamtenbeleidigung“ aus dem Verbands ausgeschlossen wurde. Die „Eiche“ behauptet nun, der Ausschluß sei erfolgt, weil der Betreffende bei den Wahlen zur Ortskrankenkasse im letzten Herbst für einen Vertreter der Girsche mitgestimmt habe und — um die Unterstützung zu sparen. Der Verband habe mit dem Ausschluß so lange gewartet, als der Kollege in Arbeit stand, da „ja sonst die Beiträge ausgefallen wären“. Es ist also ein ganz schabiges Verhalten, das man den bösen Verbändlern vorwirft, ohne daß es dadurch glaubhafter wird. Ferner soll dem Kollegen das Mitgliedsbuch abgenommen worden sein, um „ihn seiner Rechte zu berauben“.

Wahr ist an der ganzen graufigen Geschichte nur, daß gegen ein älteres Verbandsmitglied in Danzig ein Ausschlußverfahren im Gange ist, weil er neben anderem eines recht unfollegalen Verhaltens beschuldigt wird und trotz mehrmaliger Aufforderung sich nicht zur Rechtfertigung stellte. Unwahr ist auch, daß der Ausschluß beschlossen sei. Dieses Recht steht bekanntlich nur dem Verbandsvorstande zu, der vor seiner Entscheidung dem Beschuldigten Gelegenheit zur Rechtfertigung gibt. Solange diese Entscheidung nicht getroffen ist, ruhen nach dem Statut die Rechte des Mitgliedes, jedoch werden „eventuelle Unterstützungen nachbezahlt, wenn der Ausschluß vom Vorstand oder Ausschluß abgelehnt wird.“ (§ 98 des Statuts.) Das ist in dem vorliegenden Falle dem betreffenden Kollegen gegenüber noch besonders betont worden. Es lag also gar kein Anlaß vor, immer wieder im Sperrdruck hervorzuheben, daß in unserem Verbands die Unterstützung nur gezahlt werden „kann“. Wir halten den Schreiber nicht für beschränkt genug, daß er nicht wüßte, daß trotz dieses durch Versicherungs-gesetzliche Schwierigkeiten bedingten Wörtchens „kann“ bei uns noch kein Mitglied um seine erworbenen Rechte gekommen ist.

Bei der Buchgeschichte ist nun aber das Gegenteil von dem wahr, was der famose Herr M. den gutgläubigen Girschen erzählt. Der Kollege hat das Mitgliedsbuch, das

übrigens den Vermerk trägt: „Eigentum des Verbandes“, wie alle anderen bei der Frankmeldung im Bureau abgegeben und es nachträglich wider den Willen der Verwaltung aus dem Fache — na sagen wir — genommen.

So steht also in Wirklichkeit die „goldene Freiheit“ im Holzarbeiterverbande“ aus. Es muß schon schlimm mit den Girschen in Danzig stehen, wenn sie zu solch unehrlichen Agitationspraktiken greifen müssen.

Das wird auch dadurch nicht besser, daß die „Eiche“ im gleichen Atemzuge behauptet, der vom Holzarbeiterverband abgeschlossene Poppoler Akkordlarif sei zum Verhungern. Dabei ist dieser Poppoler Larif der gleiche wie in Danzig, der unter der Mitarbeit des Girsch-Dunderschen Bezirksleiters Wrozkowski und zweier weiterer Girsche zustande gekommen ist. Darnach hätte also der Gewerksverein in Danzig einen Vertrag unterzeichnet, dessen Sätze in Poppol zum „Verhungern“ ständ! Was sagt Herr M. nun dazu? Kann man ihn noch ernst nehmen?

Der „Gewerksverein der Holzarbeiter“ hat gegenwärtig überhaupt keine guten Tage. Um einen Einfluß auf die Gestaltung der Arbeitsverhältnisse auszuüben, ist die Zahl seiner Mitglieder zu gering, höchstens, daß es ihn einmal im negativen Sinne gelinzt, wie in Stolp und Hamburg. Die Unterstützungsleistungen allein vermögen aber die aufstrebende Arbeiterschaft nicht anzulocken, die verlangt nach einer Fortentwicklung der Arbeitsverhältnisse. Die niedrigen Beiträge allein machens nicht. Daher ist das Rekrutierungsgebiet des Girsch-Dunderschen Gewerksvereins recht beschränkt. Wo ihm aber wirklich einmal Erfolge in der Agitation blühten, da muß er sich vornehmen, wie ein erlappter Dack.

So scheint unsere Feststellung in Nr. 6 dieses Jahrganges, daß es dem Gewerksverein wieder einmal gelungen ist, aus Resten einer Arbeitslosen-Gruppe in Ammendorf bei Halle einen neuen Ortsverein zu gründen, der „Eiche“ arg auf die Nerven gefallen zu sein. In ihrer neuesten Nummer wehrt sie sich gegen den Vorwurf wie ein geprägelter Junge, der wütend mit Steinen um sich wirft, ohne zu beachten, daß er immer daneben tritt. Das wichtigste für uns ist allerdings, daß die „Eiche“ die Tatsache nicht bestreitet — wenn auch nicht ausdrücklich auspricht —, daß die neue Ortsgruppe Ammendorf in der Hauptsache aus ehemaligen Streikbrechern gebildet wurde. Darauf kommt es doch an, nicht auf irgend welche unbedeutenden Nebenumstände. Aber auch in solchen weiß sie nichts zu berichtigen. Um trotzdem die Wucht unseres Vorwurfs abzuschwächen, behauptet sie, daß viele Mitglieder unseres Verbandes den Streikenden in den Rücken gefallen seien. Das hätte zwar die „ruhmvolle“ Gründung nicht entschuldigt, ist aber auch gar nicht wahr. Von den angeblichen Wismarer Stellmachern war nur ein einziger Verbandsmitglied und auch erst ganz kurze Zeit. Aber der Verband hat ihm gegenüber natürlich die Konsequenzen gezogen!

Die „Eiche“ will dann weiter wissen, daß unser Verband ja dort selbst Streikbrecher aufgenommen habe. Das ist direkt unwahr! Von den vier namhaft gemachten Arbeitern ist einer (König) überhaupt nicht Verbandsmitglied, die anderen sind aber erst nach dem 22. September in den Betrieb gekommen, während die Sperre unsererseits bereits am 20. September — nicht erst im Oktober — aufgehoben wurde.

Unwahr ist ferner, daß die Ortsgruppe des Gewerksvereins erst im Januar 1911 gegründet wurde. Diese Gründung erfolgte vielmehr bald nach der am 28. Oktober 1910 abgehaltenen Werberversammlung. Das beweist auch ein uns vorliegendes Gewerksvereinsbuch. Das betreffende Mitglied ist bereits im Oktober in Ammendorf aufgenommen und schon der 43. Wochenbeitrag, der laut „Eiche“ am 21. Oktober 1910 fällig war, ist mit dem Ortsstempel „Ammendorf“ quittiert. Es ist also nichts mit den Rekrutierungsversuchen, werter Kollegen!

Wir würden uns durchaus nicht dagegen wenden, wenn man nach Jahr und Tag einen ehemaligen Arbeitswilligen, der das Verwerfliche seines Handelns eingesehen hat, wieder einer Gewerkschaft zuführt. Hier aber bleibt die bedauerliche Tatsache bestehen, daß der Gewerksverein der Holzarbeiter wie einst in Lübeck, so jetzt in Ammendorf, neue Mitglieder direkt in den Freisen der Arbeitswilligen sucht! Sage mir, mit wem du umgehst, so will ich dir sagen, wer du bist.

Jahresberichte der Zahlstellen. In einem recht umfangreichen Heft gibt die Zahlstelle Hamburg Rechenschaft über ihre Tätigkeit. Daneben sind einige Seiten der Erinnerung an den Schnapsbohott, Empfindung der lokalen Arbeiterpresse, der Konsumvereinsbewegung, wie des „Nachblattes für Holzarbeiter“ gewidmet. Ein Vorkaufschein für das letztere und ein Aufnahmeschein für den Verband beschließen den Band. Der Bericht gibt eine ausführliche Schilderung des Konfliktes in der Pianofortefabrik Steinway u. Co. und des schmachvollen Verhaltens der Girsche. Die endliche Regelung des Arbeitsnachweises wird ausführlich behandelt und das „Regulativ für den paritätischen Arbeitsnachweis“ im Wortlaut wiedergegeben. Auch die noch unentschiedene Klage von 13 Tischlermeistern gegen die Hamburger Zahlstelle, die aus Anlaß der Märzfeier 1908 die Kleinigkeit von 58 230 Mk. an Schadenersatz fordern, findet Erwähnung. Wegen der Bedeutung, die alle diese Vorgänge für den Gesamtverband haben, wird der Bericht weit über die Ortsgrenzen hinaus Interesse erwecken. Die Zahlstelle hat im Berichtsjahre ihre Mitgliederzahl um 868 auf jetzt 7601 vermehrt. Trotz schwerer Kämpfe und

außerordentlicher Arbeitslosigkeit, für letztere allein sind 127 800 Mk. verausgabt, verfügt die Kasse über 175 804 Mark Bestand.

Die Zahlstelle Frankfurt a. O. hat ihren Mitgliederstand um rund 11 Proz. gesteigert, in wirklichen Zahlen von 518 auf 575. Sie zählt zu den kleinsten mit, die im Hauptamt verweist werden und, allerdings zum erstenmal, mit einem gedruckten Jahresbericht erscheinen. Der Verband hat dort aber noch viel Brachland zu bearbeiten. Der Bericht führt sich ein mit einer kurzen Geschichte der örtlichen Organisation, was uns bei der erstmaligen Durchsicht als durchaus zweckmäßig erscheint. Von den Lohnbewegungen des Jahres führte die der Tischler in den Annunationsbetrieben, in einer Buntschlifferei sowie die für eine Hartgummimwarenfabrik zum Abschluß eines Vertrages. Besonders besprechenswert ist der Bericht über die Versammlungen und deren Verlauf aus.

Die Zahlstelle Frankfurt a. M. hat im Orte eine ziemlich ruhige Entwicklung. Dafür wurde den Arbeitsverhältnissen in der Nachbarschaft erhöhte Aufmerksamkeit gewidmet. Es gelang, in Oberursel die Arbeitszeit auf 50 Wochenstunden herabzusetzen und in Oberad eine Neuregelung der Akkordlarif durchzuführen. Die Modellstecher nahmen an der Lohnbewegung in den Lohnverwerken teil, während die Kartellierer einen neuen Akkordlarif abschlossen, der eine Anzahl nennenswerter Verbesserungen brachte. Eine interessante Tabelle gibt Aufschluß über die Fluktuation in der Zahlstelle. Ausgenommen wurden im Jahre 1910 allein 482 Mitglieder, was mit 305 Zugereisten einen Zu- und Abgang von 787 ergibt. Dem steht ein Abgang von 649 gegenüber. Hierunter sind 211 Abgereiste und 240 Gezeichnete. Die Gesamtmitgliedschaft ist auf 1889 gestiegen. Eine dem Bericht angefügte Tabelle über die Unterstützungshöhe ergibt, daß einschließlich der lokalen Zuschläge die innerhalb eines Jahres zu erwerbende Höchstunterstützung beträgt: bei Arbeitslosigkeit 87,00 Mk., bei Krankheit 138 Mk. Das sind ganz ansehnliche Leistungen, zumal, wenn man bedenkt, daß nicht selten beide Höchstsätze nacheinander zur Auszahlung gelangen.

Die Zahlstelle Reih war an der großen Tarifbewegung im letzten Frühjahr beteiligt und führte außerdem noch ebenfalls ohne Kampf eine Lohnbewegung für die Instrumentenmacher und für die Instrumentenbestandteilebranche mit Erfolg durch. Eine Ausstellung ergibt eine Zunahme von 165 Mitgliedern, trotzdem sind allerdings von 1000 Beschäftigten erst 1035 im Verband. Verhältnismäßig stark sind dabei erfreulicherweise die Arbeiterinnen mit 88 vertreten. Der Bericht gibt auch über die Beitrags-höhe Auskunft, was wir bei manchen anderen vermissen. Diese Angaben sind aber für den nichtinformierten Leser nötig und obendrein von geschichtlichem Wert.

Holzindustrie Hermann Schütt, A.-G., Gersd (W.-Pr.). In der zum 7. März einberufenen Generalversammlung soll u. a. über folgende Punkte beschlossen werden: Zerabsetzung des 1 Million Mark betragenden Grundkapitals behufs Deckung von Verlusten, zur Vornahme von Abschreibungen und zur Bildung eines Reservefonds durch Zusammenlegung der Aktien im Verhältnis von fünf zu vier, ferner über Umwandlung der Stammaktien in Vorzugsaktien durch Zahlung von 200 Mk. auf jede Aktie, Festsetzung der Vorzugsrechte und Unterlassung der Zerabsetzung des Grundkapitals, insoweit die Zahlung erfolgt, insoweit die Zahlung weniger als 200 000 Mk. beträgt, Erhöhung des Grundkapitals durch Ausgabe von Vorzugsaktien.

Hannoversche Waggonfabrik, A.-G. in Midlingen. Der Aufsichtsrat beschloß, der Hauptversammlung eine Dividende von 7 Proz. (im Vorjahre 10 Proz.) vorzuschlagen. Das abgelaufene Jahr hatte, wie die Verwaltung mitteilt, im Anfang unter ungenügender Beschäftigung zu leiden. Trotz hoher Materialpreise, höherer Löhne und Steuern usw. waren Preisverhältnisse unerträglich. Der vollständige Ausbau der Fabrikanlagen war für den Betrieb störend, und wenn auch die großen Neubauten billig hergestellt worden seien, so habe man doch erhebliche Abschreibungen umfangreicher Erneuerungen vorweg mit etwa 85 000 Mk. vorgenommen. Der Auftragsbestand sei erheblich größer als im Vorjahre und, wie die Verwaltung erklärt, ist trotz der gedrückten Verkaufspreise durch vollständige Ausnutzung der Werkstätten für das laufende Geschäftsjahr ein günstigeres Ergebnis zu erwarten.

Gewerkschaftliches.

Das Geständnis.

n. Es hat reichlich lange gedauert, bis die Christlichen Mut gefunden haben, zu dem päpstlichen Nachgeborenen das hinförl Frieden herrschen solle zwischen den katholischen Nachabteilungen und den christlichen Gewerkschaften Stellung zu nehmen. Am 3. Dezember 1910 war der Hirtenbrief des Kölner Erzbischofs, worin er die Friedenspolitik aus Rom kundgab, in der Zentrums-Presse gelesen, und erst am 6. Februar 1911 bringt das amtliche Organ der christlichen Gewerkschaften, das „Zentralblatt“, einen Artikel, worin es sich zu der Sache äußert. Den Spruch, daß was lange währt, auch gut ist, macht das Zentralblatt zuschanden. Es hat lange gedauert, bis sich äußerte, und seine Neuerung ist auch reichlich — 10 Spalten! — ausgefallen, aber an Güte, wenn man darunter Klarheit und Einfachheit versteht, bleibt alles wünschenswert übrig. Die zehn Spalten sind fast völlig gefüllt mit einem wirren Gerede über die Artikel gewerkschaftlicher Mäpfer, die sich zu der Frage geäußert haben, was es selbstverständlich nicht an der im Christentum nun mal üblichen Anpöbelung von Personen fehlt, die schmäuelnder Schind als Verfasser jener Artikel ermitteln zu haben glaubt. Man kennt die Gewohnheit der Christlichen „Wekermernut“ dadurch zu belästigen, daß sie sich eine offene Erklärung drum herumredend; die Aufmerksamkeit von der eigenen Bedrängnis dadurch abzulenken, bis sie auf andere schimpfen. Und dieser süßen Gewohnheit folgen die Christlichen auch hier wieder.

Man versteht es, daß die „Welben“ von Zürich, die der kirchlichen Autorität ein „Bis hierher und nicht weiter!“ jurieren, die sich das Hineinregieren von Papst und Bischöfen in die gewerkschaftlichen Angelegenheiten der Schweizer Arbeiter entschieden verboten, sich seit dem Dezemberbrief des Kardinals Fischer nicht wohl in ihrer Haut fühlen. Und man versteht es, daß die armen Seelen sich doppelt unbehaglich fühlen, als durch den Brief des Papstes an den Kölner Kardinal bekannt wurde, daß die preussischen Bischöfe auf ihrer letzten Konferenz in Fulda, um den Frieden zwischen den christlichen Gewerkschaften und den katholischen Fachabteilungen herbeizuführen, „für beide Organisationen gewisse allgemeine Satzungen aufgestellt haben, die sie befolgen müssen, damit eine jede in ihrem Tätigkeitsbereich in Zukunft zum wahren Nutzen der Arbeitgeber und der Arbeiter und zugleich zur Förderung religiöser und staatlicher Interessen zu wirken“.

Wenn in den christlichen Führern auch nur noch eine Spur jener Bestimmung gewesen wäre, die sie vor zwei Jahren auf ihrer internationalen Konferenz in Zürich so selbstbewußt zur Schau trugen, dann hätten sie wie ein Mann aufstehen und der kirchlichen Autorität klar machen müssen, daß sie sich da in Dinge hineinmischen, deren Entscheidung einzig und allein Sache der christlich organisierten Arbeiter sei, daß dieses Hineinreden von kirchlicher Seite aus nicht nur dem Programm der christlichen Gewerkschaften, sondern auch den wiederholt in dieser Sache geschehenen Kundgebungen widerspreche. Und wenn sich die christlichen Führer noch einen Rest von Charakter bewahrt hätten, dann war es ihre Pflicht, jeden Versuch, die christlichen Gewerkschaften den katholischen Fachabteilungen in die Arme zu führen, mit Entschiedenheit abzuweisen. Was waren denn die katholischen Fachabteilungen nach der Anschauung der christlichen Gewerkschaften, wie man das bis in die jüngste Zeit hinein noch hören und lesen konnte: „Welbe“, „Streikbrecher“, „gewerkschaftliche Brunnenvergifter“ — kurzum: der Unbegriß des besten, was ein ausländischer Arbeiter mit allen Mitteln bekämpfen und, wie die Christlichen selber wiederholt versichert hatten: bezichtigen muß.

Man war berechtigt, in der langen Schwelgsankt gegenüber den päpstlichen und bischöflichen Eingriffen das Gedächtnis zu erblenden, daß die Christlichen sich fügen würden. Und diese Annahme erhält jetzt ihre Bestätigung durch das „Zentralblatt“. Es ist keine leichte Arbeit, aus dem wirren Gerede die Säge herauszufinden, die den Kern der Sache berühren. Und so hören wir denn:

„Die christlichen Gewerkschaften haben in der Regel gegen die katholischen Fachabteilungen nur dann scharf angekämpft, wenn diese eine größere Verdächtigungshandlung gegen sie unternommen hatten. Waren diese ehemaligen Verdächtigungen auf, als seien die christlichen Gewerkschaften eine „Los-von-Rom-Bewegung“, eine „modernistische Richtung“, eine „Bewegung, die der kirchlichen Bestimmung der Arbeiterwelt Abbruch tue“, dann stellt den christlichen Gewerkschaften jedwede Veranlassung, den Kampf gegen die katholischen Fachabteilungen in der seitherigen Weise weiterzuführen.“

Also Friede im christlich-katholischen Lager, denn es war nicht so schlimm. Nur weil die katholischen Fachabteilungen die Gegenseite eine „Los-von-Rom-Bewegung“ nannten, ist man sich zehn Jahre lang in Wort und Schrift mit den gemeinsten Schimpfwörtern, mit Mierseideln, Stuhlbeinen und Gummiknäppeln bekämpft. Nur weil sich die Christlichen in ihrem überzarten religiösen Empfinden gekränkt fühlen, haben sie die Fachabteilungen als „Streikbrecherplönnen“, „gewerkschaftliche Brunnenvergifter“, „Graichen der Hundebauart und Sklavenmoral“ bezeichnet und ihnen den Kampf bis zur Vernichtung geschworen. Und nicht wa, weiß Papst und Bischöfe so haben wollen, sondern nur, weil die katholischen Fachabteilungen die Gegenseite nicht mehr eine „Los-von-Rom-Bewegung“ nennen, deshalb werden ihnen die christlichen Gewerkschaften die Bruder- und entgegen und schädlichen Frieden von nun an bis in die Zukunft. Amen!

Man versteht, daß der bejammernswerte Verfasser des Artikels im „Zentralblatt“ sich geschämt hat, diesen grauen Pönbau mit wenigen Zeilen dahinzusehen, sondern in einem Wust von polemischen und persönlichen Rum und Dran-vergraben hat. Und genau so verfähert mit der anderen blamablen Sache, die sich auf die von kirchlicher Seite den beiden Richtungen aufgelegten gemeinsamen Satzungen bezieht. Es einfachste und ehelichste wäre ja, diese „Satzungen“, die ohne Zweifel der Leitung der christlichen Gewerkschaften bekannt sind, mitzuteilen. Aber die Christlichen den ihre Gründe, diese „Satzungen“ nicht mitzuteilen; das „Zentralblatt“ begnügt sich, nach einem langen konfusen Rede ganz am Schluss „festzustellen“, daß die Bischöfe den „Vorschriften“ aufgestellt haben, „die etwa für die christlichen Gewerkschaften eine Veränderung ihrer Tuns- und-oder ihrer seitherigen organisierten Tätigkeit und gewerkschaftlichen Praxis die Folge haben könnten oder werden“.

Und wenn man von diesen „Vorschriften“ auch weiter hören will, als daß sie aufgestellt worden sind, die christlichen Gewerkschaften zum Frieden mit den katholischen Fachabteilungen anzuhalten, so ist nichts klarer, als daß in die grundsätzliche und taktische Haltung der christlichen Gewerkschaften aufs tiefste eingreifen. Sind die katholischen Fachabteilungen die „Welben“, die „Streik-

brecher“, als die sie bisher von der Gegenseite bekämpft wurden, so bedeutet es eine Revision der grundsätzlichen und taktischen Haltung, wenn die christlichen Gewerkschaften jene „Streikbrecher“ nun als gleichberechtigt und gleichwertig anerkennen und neben sich dulden müssen. Wenn das „Zentralblatt“ jetzt gegenüber den Fachabteilungen den Farnlosen spielt, so aus keinem anderen Grunde, um den Bestimmungswort, den Unfall vor der kirchlichen Autorität, die moralische Selbstentmannung zu bemänteln.

Die völlige Unterordnung der christlichen Gewerkschaften unter die römische Kirche ist vollendet und wenn das Zentralblatt noch zehnmal zehn Spalten mit polemischen Ergüssen und persönlichen Anrempelungen füllt; der Unfall ist geschehen, und die Ungefallenen sind gerichtet! Und wenn der biedere „Solgarbeiter“ den breiten Schwanz des „Zentralblattes“ vollinhaltlich abdruckt und dadurch seinen Segen zu dem Friedensschluß mit den Fachabteilungen gibt, so wollen wir mit diesem armen Schächer nicht weiter rechten, sondern uns begnügen, ihn noch einmal an einen Satz zu erinnern, der vor einem Jahre in seinen Spalten zu lesen war. Darin wurde ein Friede auf Grund des Fortbestehens der Fachabteilungen als aussichtslos erklärt, worauf es dann hieß:

„Entweder verschwinden die katholischen Fachabteilungen, sei es durch ein Verbot der Bischöfe oder durch die Macht der Tatsachen im Wirtschaftsleben, und die gesamte christliche Arbeiterchaft findet sich in den christlichen Gewerkschaften zusammen. Oder aber, der Friede tritt ein, und mit ihm verschwinden christliche Gewerkschaften und katholische Fachabteilungen: der Friede wird zum Kirchhofsfrieden.“

„Sozialdemokratische“ Gewerkschaften. Die sonderbarsten Dinge müssen den Arbeiterzersplitterern der verschiedenen Richtungen herhalten, um die freien Gewerkschaften als „sozialdemokratische“ verzeichnen zu können. Es gibt ja noch hier und da naive Genüther, denen Schule und Erziehung eine Angst eingepreßt haben vor allem, was „sozialistisch“ heißt, und diese hoffen man durch das Graulichmachen vor dem roten Wespen von der ernsthaften Vertretung ihrer wirtschaftlichen Interessen abhalten zu können. Das gelingt natürlich trotzdem nicht auf die Dauer, denn allzu oft genarrt, sehen schließlich auch diese Leute, wo wirklich die Wölfe stehen. Den Wispel der Lächerlichkeit mit den Beweisgründen für den „sozialdemokratischen“ Charakter einer freien Gewerkschaft hat nun wohl jetzt „der Arbeiter“, das Organ der katholischen Fachabteilungen Berliner Richtung, in seiner Nummer vom 12. Februar 1911 erklommen. Er beweist umständlich, daß der doch gewiß neutrale Lithographenverband doch sozialdemokratisch sei, weil dessen Ortsverein in Neurode in Schlesien es unternommen hat, seinen Mitgliedern zwei „durchaus kirchenfeindliche und unästhetische“ Theaterstücke vorzuführen zu lassen. Und diese „unästhetischen“ Theaterstücke waren: „Augenrübens“, „Pfarrer von Kirchfeld“ und „Max Halbes Augen“!

Die Macher der katholischen Fachabteilungen müssen sich ihrer Sache recht wenig sicher sein, wenn sie solche stillos hochstehende Bühnenwerke als „kirchenfeindlich“ verzeichnen, lediglich weil diese Vorgänge aus dem wirklichen Leben widerspiegeln. Freilich, will man die Schärfe an diese Arbeitervereine fesseln, so müssen sie von allen Verbindungsbeziehungen ferngehalten werden; auch hier gilt wie bei den ostelbischen Draufgänger: „Der dümmste Arbeiter ist der beste.“ Darum hat auch diese schwarze Gesellschaft den Theateraal in Neurode abgetrieben, weshalb die Vorstellungen in ein Nachbardorf verlegt werden mußten. Wegen diese „noblen“ Kampfweise findet „der Arbeiter“ kein Wort der Mißbilligung. Für die Sozialdemokratie aber ist es ein ehrenbares Zeugnis, daß hier die Begriffe „Bildungsbekämpfungen“ und „sozialistisch“ als gleichbedeutend hingestellt werden. Im übrigen dürfte aber kein vernünftiger Mensch dieser Beweisführung für die „sozialdemokratischen“ Gewerkschaften wegen der Vorführung zweier völlig unpolitischer Bühnenwerke folgen.

Der Verband der Bäcker- und Konditoren ist bereits in der Lage, seine Abrechnung für das vierte Quartal 1910 zu veröffentlichen. Daraus ergibt sich nun, daß der Verband wiederum recht erfreuliche Fortschritte gemacht hat. Die Mitgliederzahl ist von 20 350 zu Ende 1909 auf jetzt 23 003, dabei 3061 weibliche, gestiegen. Der Massenbestand beträgt jetzt 232 810 Mk., das ergibt pro Mitglied 10,01 Mk.

Unternehmerbewegung.

Wie sich Unternehmerverbände Kampfgelder beschaffen. Ein hübsches Beispiel, wie die Unternehmerverbände sich Aussparungsgelder zu beschaffen wissen, gibt ein Mundschreiben, welches der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe in Celle unterm 2. Januar 1911 an seine Mitglieder erließ. Danach hat der Arbeitgeberverband beschlossen, pro 1000 Ziegelscheine, die in das Verbandsgebiet eingeführt werden, je 15 Pf. zugunsten seiner Verbandskasse zu erheben. Dagegen ließe sich nun an sich nichts sagen, wenn die Mitgliederbeiträge nach der Menge des bearbeiteten Materials anstatt sonst nach der vorausgabten Lohnsumme oder der Arbeiterzahl berechnet würden. Aber die Macher der Herren Bauhöfen möchten diese Beiträge auch von den Nichtmitgliedern haben und verordnen deshalb, daß die Zahlung seitens der Ziegelscheine oder der sonstigen Steinlieferanten erfolgen soll. Die Mitglieder des Arbeitgeberverbandes werden nun unter Androhung der sühnungsreichen Strafen verpflichtet, von Ziegelscheinen oder Firmen, welche sich weigern, diese Beiträge (auch für die an Nichtmitglieder gelieferten Steine!) zu zahlen, weder Steine zu kaufen noch solche für einen anderen zu verarbeiten. Das ist also in aller Form der Boykott solcher Firmen, die sich weigern, der Kasse des Arbeitgeberverbandes einen unberechtigten Vermögensvorteil zu verschaffen. Wenn die Arbeiter zur Wahrung ihrer berechtigten Interessen zum Boykott einzelner Firmen greifen, z. B. bei Saalverweigerung, Nichtbezahlung der ortsüblichen Löhne,

Nichteinhaltung eines Tarifvertrages, Verweigerung des Koalitionsrechtes u. dergl. mehr, so schreiben die gleichen Unternehmer und ihre Prärogane nach dem großen Aufzug- oder gar dem Erpressungsparagrafen, und die Anklagen sind nicht selten. Hier aber liegen die Merkmale des § 253 Str.-G.-B. deutlich vor. Die Ziegelscheine sollen durch die Drohung mit dem Lieferungsentzug genötigt werden, dem Arbeitgeberbund einen rechtserhebigen Vermögensvorteil zu verschaffen, indem sie ihm auch für die an dessen Nichtmitglieder gelieferten Steine Tribut zahlen. Aber kein Staatsanwalt wird sich finden, denn in Preußen sind vor dem Gesetze alle gleich.

Die Herren Bauarbeitgeber stehen aber mit ihren „beschriebenen“ Ansprüchen nicht allein, auch der Arbeitgeberverband des Westfalen läßt sich gegen die Beiträge von den Lieferanten bezahlen. Seine Mitglieder beschreiben die Lasten und Zinsenlieferanten mit nachstehendem Aufschreiben:

„Da ich als Mitglied obigen (des genannten. D. Med.) Verbandes gezwungen bin, von allen meinen Lieferanten eine Vorzugskarte zu verlangen, so bitte ich Sie hierdurch, sich baldigst eine solche verschaffen zu lassen.“

Ohne Vorzugskarte kann ich Aufträge nicht mehr erteilen.

Die Abgabe der Karte erfolgt bedingungslos zum Preise von 20 Mk. für die Hauptkarte, 10 Mk. für jede weitere Nebenkarte. Die frühere Abgabe-Beschränkung auf Mitglieder des Westdeutschen Händlerverbandes ist aufgehoben. — Die Karten werden ausgegeben bei den Vorständen unserer Ortsgruppen und in der Geschäftsstelle des Verbandes.

Schachtmatt — — — Das heißt also nichts mehr und nichts weniger, daß jeder Fabrikant 20 Mk. und pro Reisenden 10 Mk. (Nebenkarten) an die Kasse des Malermalerverbandes abladen muß, wenn er bei dessen Mitgliedern Geschäfte machen will. So verschont man die eigenen Mitglieder mit hohen Beiträgen und füllt doch die Kassen, um „Ruhe vor der Arbeiterschaft zu haben“. Die Begeisterung und Opferwilligkeit dieser Herren Mitglieder muß nicht sehr groß sein, wenn man schon zu solchen Unverschämtheiten greifen muß.

Technisches.

Die technische Entwicklung hat auch unter den Werkzeugen des Tischlers bedeutende Veränderungen hervorgerufen. Hobel und Säge haben zwar, abgesehen vom Maschinenbetrieb, ihr Neugesetz in der Hauptsache behalten, und trotzdem gibt es auch hier der Neuerungen viele. Im allgemeinen ist der Tischler kein Freund von vollständig eisernen Handwerkzeugen, sie „stoßen“ zuviel ins Holz. Das gilt für den eisernen Hühnhobel und auch für die eisernen Schraubzwinne. Trotzdem gewinnt diese an Boden. Bei ihr bricht kein Gewinde aus und quillt keines an. Die Invention der jetzt mehr in Gebrauch kommenden Kantenn- und Gehrungsschraubzwinne war aber erst durch die Anwendung des Eisens möglich. Schon früher sind von einer Ludwigschaffener Fabrik solche Kantenzwinge auf den Markt gebracht worden, die mit mehreren Spindeln an einer Zwinge arbeiten. Das Selo-Werk, München 10, fertigt nun seit einiger Zeit eine ähnliche Zwinge an, mit der man sowohl Kanten als wie Gehrungen leimen kann. Die Zwinge ist bis auf den Griff der Spindel aus Eisen hergestellt. Ihre Form erinnert an eine Ränge. Das kürzere Ende zweier gehogener eiserner Arme ist durch Gelenke miteinander verbunden. Zwischen diesen Armen hindurch laufen ineinander zwei Spindeln, durch das Angeheer der äußeren Spindel öffnen und schließen sich die Zwingengarme beliebig. Dadurch kammern diese sich gleich einer Ränge an einer Fläche oder einer Gehrung fest. Die innere Spindel, die wie die freien Armen mit eingeflechteten beweglichen Druckbäcken ausgestattet ist, drückt wie eine gewöhnliche Schraubzwinne in gerader Richtung. Diese Funktion dient zum Anleimen von Kanten oder Nehlleisten an Flächen, an welchen letzteren sich dann vorher die Druckbäcke der Arme festgekiffen haben.

Der praktische Tischler. Ein Handbuch für Bau- und Möbeltischler. Von Prof. Chr. Hermann Walbe. Fünfte Auflage. Zu unserer Besprechung dieses Werkes in Nr. 2 der „Solgarbeiter-Zeitung“ teilt uns der Verlag jetzt mit, daß auch die vorliegende Auflage das Bezugsquellenverzeichnis und sämtliche 94 Tafeln enthalte. Der von uns erwähnte Mangel sei nur bei wenigen vorne gebundenen Exemplaren durch ein Versehen des Buchbinders entstanden.

Literarisches.

Die nachbenannten Werke können auch durch die Verlagsanstalt des Deutschen Solgarbeiterverbandes, Berlin C. 2, Neue Friedrichstr. 7, bezogen werden.

Allgemeiner Drechsler-Kalender 1911. Herausgegeben von C. M. A. G. Verlag der Zeitschrift für Drechsler in Leipzig. Preis portofrei 1,25 Mk.

Etwas reichlich verspätet erscheint jetzt Anfang Februar der 25. Jahrgang des Drechsler-Kalenders. Der Inhalt ist recht reichhaltig. Neben Kalendariem, Portofarif, Maß- und Minutentabellen, werden eine Reihe geschäftlicher Maßstäbe erteilt, technische Notizen abgedruckt. Außerdem ist ein Bezugsquellenverzeichnis angefügt.

Märzfeier 1911. Eine illustrierte Märzzeitung der Wiener Volksbuchhandlung Janus Brand u. Co., Wien VI/1. Gegen Einsendung von 25 Heller portofrei von dort zu beziehen. Das Gedenkblatt enthält verschiedene geschichtliche Märchen, einen Artikel von Adelheid Poppe: „Der Frauen Erwachen“, und neben sonstigem Bildwerk eine große farbige Beilage: Der Schmiedler Friedhof in Wien mit dem Denkmale der Märzgefallenen.

Arbeitersekretariat und Gewerkschaftskartei Erfurt. Jahresbericht für 1910. Verlag des Gewerkschaftskartei Erfurt.

Das Arbeitersekretariat Halle und die Gewerkschaften dort im Jahre 1910. Selbstverlag des Arbeitersekretariats Halle.

Versammlungs-Anzeiger.

Krankfurt a. M. Samstag, den 4. März, abends 7 Uhr. Sektionsversammlung der Modell- und Fabrikzeichner im Gewerkschaftshaus, Reiner Saal B.

Anzeigen.

Walthaus, Sachsen. Die Veranstellungen finden jeden zweiten Sonntag im Monat statt. Beste Unterrichtung gibt Kollege Edgar Richter, Walthaus 1. Alle Zuschriften an den Verordnungsgeber, Walthaus, Eisenbahnstr. 400.

Hamburg. Der praktische Arbeitssachverständige ist am 1. Oktober 1910 eröffnet und befindet sich Hamburg, Bismarckstr. 41. Für den geschäftlichen Verkehr geöffnet von Donnerstags 9 bis 1 Uhr, Telefon 111, 480 und Gruppe 1, 8710.

Das Umschauen im Fabrikgeschäft. Hamburg-Klein, Wandsb., Wilhelmstraße und Schiffelb. ist strengstens verboten. Die Umstellung der Vertragsbranchen darf nur durch den paritätischen Arbeitssachverständigen erfolgen.

Wienburg, Kollagen. Die hier in Arbeit treten wollen, sind streng verpflichtet, nur anderen Arbeitssachverständigen zu berichten. Derselbe befindet sich im Gewerkschaftshaus, auf dem Markt 8. Die Arbeitsvermittlung erfolgt abends 7 bis 8 Uhr. Das Umschauen in den Werkstätten, um Arbeit ist streng verboten.

Oberhausen, Rhein. Die Herberge befindet sich bei Ebbw, Gedenstraße. Arbeitsvermittlung, abends 8 Uhr. Sachverständiger im Walthaus, Ede Walthausstr. und Schillerstraße, nachmittags 4 bis 6 Uhr.

Wienburg, Oberhausen. Arbeitsvermittlung bei Jod. Wdh. Sternstraße. Mittags von 12 bis 1 Uhr und abends 7 bis 8 1/2 Uhr.

München. Der Arbeitssachverständige für alle Branchen befindet sich im Bureau, Hauptstr. 18, Eingang Mittelgasse, 1. Etage. Geöffnet von 11-1 und 5-7 Uhr. Umschauen ist verboten.

Trenen, Bogli. Der Arbeitssachverständige befindet sich Wollstr. 28 L. Umschauen ist strengstens verboten.

Wiesbaden. Der Arbeitssachverständige für Tischler, Maschinenarbeiter, Drechsler und Wagner befindet sich beim Kollegen Eimer, Hermannstr. 29, vorn part. Umschauen ist strengstens verboten. Die Arbeitsvermittlung wird im Gewerkschaftshaus, Walthausstr. 41, ausgeführt. Ein Bescheid abends 7-8 Uhr, an Sonn- und Feiertagen mittags von 12-1 Uhr.

Karl Hug, Maschinenarbeiter aus Obermünster, ist, zuletzt in Schwemlingen, Buchh. 478 163 wird gebeten, wegen Beugnis in Unfallsache seine Adresse zu senden an Hugo Bernauer, Künzelsb., Baden.

Wilh. Stadlander, Tischler aus Rillerhude bei Bremen, Buchh. 811 923, sende Deine Adresse an Delme Eltern.

Hug. Caffelt, Tischler aus Rauhen, ist gebeten, wegen einer sehr wichtigen Mitteilung, seine Adresse an die Expedition der Holzarbeiter-Zeitung zu senden.

Ernst Schöbel, Korbmacher, wird gesucht. Bekannte, Kollegen, die seinen Aufenthalt wissen, wollen die Adresse senden an Tischler Peter Pflügel in Wertheburg, Markt 25.

Otto Kuhla, Tischler, Buchh. 488 407, geb. am 27. 6. 1886 zu Breslau, wird aufgesucht, seinen Verhältnissen in der Fachstelle Gehalt nachzukommen. Kollegen, welche den Aufenthalt des Bekannten wissen, werden gebeten, die Adresse mitzuteilen an Johann Gerbst, Gleditsch, Raudenstr. 11.

Fachblatt für Holzarbeiter

Die Hefte vom IV. Quartal 1910 (Oktober, November, Dezember) sind bei uns vergriffen. Wir ersuchen diejenigen Fachstellen, in denen von diesen Heften überzählige vorhanden sind, diese an uns zurückzusenden.

Die Expedition.

Almanach 1911

hat abzugeben. Zahlstelle Kaiserlautern.

Taubstummer Tischler, 20 Jahre alt, sucht Stellung in Berlin oder Umgebung.

Max Böhle, Berlin, Ebingstr. 2.

Einen tüchtigen **Bautischler** sucht **Z. Steffen, Tischlermeister** Wahlzow bei Wolgast.

Zuberlänger Maschinenschleifer sowie **2 Schreiner** für Bau und Möbel sofort gesucht. **Josef Hünte, Hafellüne, Hannover.**

Ein leb. tücht. Geselle, der in **Bau und polierten Möbeln** durchaus perfekt ist, kann sofort eintreten.

Heinrich Wühlhan, mechan. Schreinerei, Anfel (Rheinpfalz).

4 Tischlergesellen auf Möbel sieht bei hohem Lohn ein **Hr. Erdmann** Wirsig, Bahnh. Reptthal.

2 Kistenmacher, 3 Helfer für Karosserien sucht auf dauernde Arbeit. **Robert Herrmann, Karosseriewerk** Cöthen i. Anhalt.

Wir suchen auf sofort **Stuhlbaner** für Handbetrieb. **Gebrüder Dreher, Harjesfelder Werkstätten** Parsfeld, Hannover.

Stammhergesellen. Ein tüchtiger Stuhlhergeselle der m. auf Wienermöbel gearbeitet hat, wird gesucht. **S. C. Jusfens, Stuhlfabrik, Randers** Dänemark.

Wegen Geschäftserweiterung sofort ein tüchtiger **Drechsler** gesucht. **Reinhold Holzdrechler** Georg Bahlentamp, Reinfeld, Holstein.

Schweizer Holzarbeiter-Verband. Sektion Zürich.

Der Arbeitsnachweis der Holzarbeiter befindet sich im Volkshaus Zürich III, Sekretariat, Telefon: 9010. Das Umschauen ist strengstens verboten. Vermittlung vormittags von 10 bis 12 Uhr. Die zureisenden Kollegen sind gehalten, sich an das Sekretariat zu wenden.

Der Vorstand.

Tüchtige Polierer

für dauernde Beschäftigung gesucht. 90 cent. Stundenlohn. 55 stündige Arbeitszeit. Off. an **Gustave Gall, Maison Maple-Cio., Paris** Rue de la Jonquiere.

Gesucht wird von erster **Stuttgarter Möbelfabrik** zum Eintritt per 1. April oder früher ein durchaus erfahrener, energischer

Poliermeister.

Derselbe muß mit allen in der Möbelfabrikation vorkommenden feineren Holzarten, sowie auch mit dem Velzen vollkommen vertraut sein. Auch im Afford- und Skalkulationswesen muß derselbe bewandert sein. Route mit langjähriger Tätigkeit und prima Referenzen, die auf Lebensstellung reflektieren, wollen sich unter Angabe der Gehaltsansprüche melden sub **Z. N. 6542** bei **Rudolf Wosse, Stuttgart.**

Verlunfter.

Galath, Drehendreher, tüchtige Drechsler dauernd. Lohn. Verdienst sucht **Milich, Strausberg** bei Berlin.

Tüchtiger Horndrechsler, welcher auf Pfeifen arbeiten kann, sucht **Bernhard Kaufmann, Horndrechlerei** Burg b. Magdeburg.

2 Korbmacher gesellen auf Roharbeit. **S. Elling, Rheine i. Westf.**

Korbmacher.

Ein geschickter und ordentlicher Korbmacher findet dauernde Stellung bei

V. von Wright

Helsingfors (Finnland).

Reiseflohen vergütet. Hoher Lohn.

2 junge solide Korbmacher gesellen auf moderne Peddigrohrmöbel finden dauernde Beschäftigung. Hoher Stundenlohn. Eintritt sofort. **Kunstgew. Werkstatt für mod. Peddigrohrmöbel** von **Valentin Elster, Hamm, Rheinhessen.**

Junge Korbmacher gesucht auf weiß geschl., der auch bei Gestellarbeit mithelfen will. Derselbe könnte auch Gestellarbeit lernen. **G. Gorkemater, Mülheim, Baden.**

Suche vor sofort einen tüchtigen, jüngeren **Korbmacher** gesellen. **Früh Peters, Giffrow, Meckl.**

3 Korbmacher auf Geschlagenes sucht **H. Schreiber, Rohindustrie** Weher, Sachsen.

Ordentlicher Wirtschmacher sof. gesucht. **Wilh. Strichmann, Wirtschmachermeister** Kitzingen a. Main.

Sichere Existenz!

Eine der ältesten, bestrenommierten, flotten **Kundschäfts-Schreinerei** in Wiesbaden mit nur prima Referenzen und tadelloser Einrichtung und garantiert sicherer, fester und feiner Kundschafft, ist wegen vorgerückten Alters des Besitzers sehr billig zu verkaufen. Interessenten wollen ihre Adresse senden an **Franz W. Kater, Wiesbaden, Wellstr. 22 h. I.**

Möbel- und Bautischlerei (Spezialität: Kurzmöbel) in mittlerer Stadt der Niederlausitz, an der Berlin-Böhliger Bahn, mit sämtl. maschinellen Einrichtungen, sich auch für Stellmacherei und Wagenbau eignend, ist unständhalber äußerst günstig zu verkaufen. Zur Übernahme nur 6000 Mk. erforderlich. Rest bleibt zur 1. Hypothek. Offert. unter **K. W. V. 247** an die Expedition dieser Zeitung.

1 Hobelbank 200 cm lang, einigemal gebraucht, sonst neu für 36 Mk. zu verkaufen. **Gebr. Haase, G. m. b. H., Legnitz.**

Alles zur Laubsägerei

Kerbschnitt und Holzbrandmaterie liefert allerbilligst **J. v. Sahn, Wagdorf 11 (Pfalz).** Katalog gratis und franko.

Wir empfehlen nachstehende Werke in neuer Auflage zur Anschaffung:

Das Velzen und Färben und die gesamte Oberflächenbehandlung des Holzes. Ein Hand- und Hilfsbuch zum praktischen Gebrauch für Tischler, Drechsler usw. von **W. Hünnermann, 6. Auflage, Preis Mk. 4,-**, mit Porto Mk. 4,20.

Wiederne Farben auf Holz. Eine Musterkarte mit 100 Farbtönen (Bezeichnungen). Supplement zu vorstehendem Werk. Von **W. Hünnermann, Mk. 6,-**, mit Porto Mk. 6,20.

Praktische moderne Möbel. 80 Tafeln. Hünnermanns Lehrlings- und Werkstätten-Handbuch. Herausgegeben von Direktor Carl Malbain. In **Wagdorf** Mk. 12,50, mit Porto Mk. 13,-.

Das Praktische Tischler. Ein Handbuch für Bau- und Möbeltischler. Von **Prof. Ch. Fern. Waide, 6. Auflage, Mk. 20,-**, mit Waage (Detailzeichnungen) Mk. 25,-. Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, Berlin E. 2, Neue Friedrichstr. 2.

Patent-Abziehsteine aus Schmirgel, Diamant, Carborand, Corund. Unerreicht an Härte, werden nie stumpf. Für Öl und Wasser. Volle Garantie für jeden Stein.

Orößen: 220x80 mm doppelt grob und fein à Stück 4,- Mk. 155x45 " " " " " " 2,50 " 155x45 " einfach fein " " " " " " 2,- " Ein Versuch führt zu dauernder Nachbestellung. Versand gegen Nachnahme.

Heinr. Clasen & Co., Altona (Elbe), Langenfelderstr. 46.

Qualitäts-Marken und Kautschuk - Stempel liefert seit 80 Jahren **Jean Holze & Co.** Hamburg, Venusländerhof 70.

Der praktische Modelltischler. Hilfsbuch zur Anfertigung von Modellen und Schablonen für Eisen- und Stahlbau. Enthält Anleitung zum Modellieren von Nieten, Radnaben, Dampfzylinder, Schablonieren von Stammhölzern, Holz- und Schwingrädern, Konstruieren von Zahnradern, sowie Tabellen über Bohrer und Affordwahlen. Gewichtsverhältnis von Modellen und Originalen.

Zu beziehen durch **J. Schmitt, Köln-Mark, Josephstr. 22/24** 1. Etage 1,50 (auch in Briefmarken) oder p. Nachnahme 1,80 Mk., 2. Etage 2,40 Mk.

Scherms Reisehandbuch für wandernde Arbeiter. (Lehrbuch f. Wand.) über 2000 Reiseketten, 3 Karten, Gebund. Mk. 1,50. Zu beziehen durch **J. Scherm, Stuttgart, u. alle Buchh.**

Stomkes Städtebuch Reiseführer durch Deutschland u. ang. Länder mit Eisenbahn- u. Begehrte, 866 Seiten, geb. Mk. 1,20. Für all. Durchbl. zu haben od. geg. Eins. von Mk. 1,40 bei **G. Stomke, Viefelsfeld.**

Tischlerwerkzeuge, anerkannt fabrikt und hält auf Lager h. himstedt. **Hamburg, Lge. Mühlen 86/87.** Preis z. Dienst.

Wir empfehlen nachstehende Werke in neuer Auflage zur Anschaffung:

Das Velzen und Färben und die gesamte Oberflächenbehandlung des Holzes. Ein Hand- und Hilfsbuch zum praktischen Gebrauch für Tischler, Drechsler usw. von **W. Hünnermann, 6. Auflage, Preis Mk. 4,-**, mit Porto Mk. 4,20.

Wiederne Farben auf Holz. Eine Musterkarte mit 100 Farbtönen (Bezeichnungen). Supplement zu vorstehendem Werk. Von **W. Hünnermann, Mk. 6,-**, mit Porto Mk. 6,20.

Praktische moderne Möbel. 80 Tafeln. Hünnermanns Lehrlings- und Werkstätten-Handbuch. Herausgegeben von Direktor Carl Malbain. In **Wagdorf** Mk. 12,50, mit Porto Mk. 13,-.

Das Praktische Tischler. Ein Handbuch für Bau- und Möbeltischler. Von **Prof. Ch. Fern. Waide, 6. Auflage, Mk. 20,-**, mit Waage (Detailzeichnungen) Mk. 25,-. Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, Berlin E. 2, Neue Friedrichstr. 2.

Patent-Abziehsteine aus Schmirgel, Diamant, Carborand, Corund. Unerreicht an Härte, werden nie stumpf. Für Öl und Wasser. Volle Garantie für jeden Stein.

Orößen: 220x80 mm doppelt grob und fein à Stück 4,- Mk. 155x45 " " " " " " 2,50 " 155x45 " einfach fein " " " " " " 2,- " Ein Versuch führt zu dauernder Nachbestellung. Versand gegen Nachnahme.

Heinr. Clasen & Co., Altona (Elbe), Langenfelderstr. 46.

Qualitäts-Marken und Kautschuk - Stempel liefert seit 80 Jahren **Jean Holze & Co.** Hamburg, Venusländerhof 70.

Der praktische Modelltischler. Hilfsbuch zur Anfertigung von Modellen und Schablonen für Eisen- und Stahlbau. Enthält Anleitung zum Modellieren von Nieten, Radnaben, Dampfzylinder, Schablonieren von Stammhölzern, Holz- und Schwingrädern, Konstruieren von Zahnradern, sowie Tabellen über Bohrer und Affordwahlen. Gewichtsverhältnis von Modellen und Originalen.

Zu beziehen durch **J. Schmitt, Köln-Mark, Josephstr. 22/24** 1. Etage 1,50 (auch in Briefmarken) oder p. Nachnahme 1,80 Mk., 2. Etage 2,40 Mk.

Scherms Reisehandbuch für wandernde Arbeiter. (Lehrbuch f. Wand.) über 2000 Reiseketten, 3 Karten, Gebund. Mk. 1,50. Zu beziehen durch **J. Scherm, Stuttgart, u. alle Buchh.**

Stomkes Städtebuch Reiseführer durch Deutschland u. ang. Länder mit Eisenbahn- u. Begehrte, 866 Seiten, geb. Mk. 1,20. Für all. Durchbl. zu haben od. geg. Eins. von Mk. 1,40 bei **G. Stomke, Viefelsfeld.**

Tischlerwerkzeuge, anerkannt fabrikt und hält auf Lager h. himstedt. **Hamburg, Lge. Mühlen 86/87.** Preis z. Dienst.

Laubsägerei

Kerbschnitt- u. Holzbrandmaterie liefert am billigsten sämtl. Werkzeuge, Vorlagen, **Golds J. Brendel, Mutterstadt 95, Pfalz.** Reichhalt. Katalog gratis u. franko. Laubsägeholz von 1 Mark an.

Deutsches Technikum

Lehr-Institut für Technischen Fern- u. Korrespondenz-Unterricht, Berlin SW 11, Schöneberger Str. 8. (Ab April 1911: Berlin W 50, Kulinbacherstr. 4.) Leiter: **Regierungs-Bauführer a. D., Dipl.-Ingenieur R. Barkow.** - Gediegene theoretische Ausbildung in **Bau- und Möbeltischler-Tischlermeister, Werkmeister u. Werkführer von Tischlerei, Möbelzeichner usw.** sowie **Vorbereitung auf die gesetzliche Meisterprüfung** durch schriftlichen Unterricht nach erfolgreicher Methode und ohne Unterbrechung der Erwerbstätigkeit. - Glänzende Erfolge und Anerkennungen. - Hoher mäßig. Aufnahme zu jeder Zeit.

Ausführlich. Programm gratis.

Tischler-Fachschule Detmold

Direktor Kolscher Aelteste u. bestrenommierte kunstgewerbliche Lehranstalt dieser Art.

Städt. Schulgebäude Vollständig zeichnerische und kaufmännische Ausbildung in denkbar kürzester Zeit.

Eintritt am 1. u. 15. jeden Monats. Auskunft kostenlos.

Kunstgewerbliche Tischlerschule

Blankenburg, N. 2 Programm frei. **Direktor Reinking.**

Deutschlands einzige m. Handels-Lehranstalt verbund.

Tischler-Schule Ilmenau Werkführer, Zeichner, Buchh., Betriebs-Gründl. technische u. kaufmännische Ausbildung. Erfolg garantiert.

Programm frei

Tischler-Fachschule. Neustadt i. Meckl. Zeichner, Werkführer, Meister. Staatlich subv. Progr. kostenlos

Süddeutsche Schreiner-Fachschule Nürnberg. Erweiterte Lehranstalt. **Krobenweg 14. Dir. Carl Malbain.**

Paul Horn, Politur- u. Lackfabrik Hamburg 23

Nach meinem durch **zwei deutsche Reichspatente** (Lackstoffpulver) gefüllt. Dadurch wird erreicht

zwei deutsche Reichspatente (Lackstoffpulver) gefüllt. Dadurch wird erreicht

zwei deutsche Reichspatente (Lackstoffpulver) gefüllt. Dadurch wird erreicht

zwei deutsche Reichspatente (Lackstoffpulver) gefüllt. Dadurch wird erreicht

zwei deutsche Reichspatente (Lackstoffpulver) gefüllt. Dadurch wird erreicht

zwei deutsche Reichspatente (Lackstoffpulver) gefüllt. Dadurch wird erreicht

zwei deutsche Reichspatente (Lackstoffpulver) gefüllt. Dadurch wird erreicht

zwei deutsche Reichspatente (Lackstoffpulver) gefüllt. Dadurch wird erreicht

zwei deutsche Reichspatente (Lackstoffpulver) gefüllt. Dadurch wird erreicht

zwei deutsche Reichspatente (Lackstoffpulver) gefüllt. Dadurch wird erreicht

zwei deutsche Reichspatente (Lackstoffpulver) gefüllt. Dadurch wird erreicht

zwei deutsche Reichspatente (Lackstoffpulver) gefüllt. Dadurch wird erreicht

zwei deutsche Reichspatente (Lackstoffpulver) gefüllt. Dadurch wird erreicht

zwei deutsche Reichspatente (Lackstoffpulver) gefüllt. Dadurch wird erreicht